

UNSERE WIRTSCHAFT

Vorschläge für eine
zukunftsfähige Wirtschaftspolitik
2019 – 2029

vor dem Hintergrund von Digitalisierung,
Globalisierung und Klimaerhitzung



INHALTSVERZEICHNIS

1	DIE WIRTSCHAFT, DIE WIR MEINEN	6
2	ENTWICKLUNG DER LETZTEN ZEHN JAHRE	12
2.1	Frühere Wirtschaftskonzepte der SP Schweiz	12
2.2	Die grossen Kontroversen unserer Zeit: Digitalisierung, Globalisierung und Wachstumsdilemma	12
2.2.1	Digitalisierung: Chancen und Risiken	12
2.2.2	Globalisierung: Von Gütern und Gerechtigkeit	15
2.2.3	Wachstum und Klimaschutz	18
2.3	Globale Entwicklungen	20
2.3.1	Folgenschwere Finanzkrise	21
2.3.2	Anhaltend tiefe Zinsen	22
2.3.3	Gebremstes Wirtschaftswachstum	23
2.3.4	Konzentration von Einkommen und Vermögen	23
2.3.5	Klimaerwärmung und Kohlenstoffblase	26
2.4	Entwicklungen in der Schweiz	26
2.4.1	Wenig Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt	27
2.4.2	Die Schere öffnet sich	30
2.4.3	Migration gehört zur Schweiz	31
2.4.4	Ungleich verteilte Carearbeit	31
2.4.5	Digitale Innovation: Die Schweiz fällt zurück	33
2.5	Fazit: Ein verlorenes Jahrzehnt	34
3	POLITISCHE STOSSRICHTUNGEN	35
3.1	Gute Arbeit für alle	36
3.1.1	Aus- und Weiterbildung ausbauen	36
3.1.2	Arbeit gerecht verteilen und die Arbeitszeit senken	38
3.1.3	Mitbestimmung stärken	39
3.1.4	Arbeitsbedingungen schützen	40
3.1.5	Allgemeine Erwerbsversicherung (AEV) und Altersvorsorge	41
3.1.6	Löhne und Arbeitsbedingungen sichern	42
3.2	Pionierhafte Gemeinwerke	44
3.2.1	Abhängigkeit von fossiler Energie überwinden	44
3.2.2	Digitale Infrastruktur als Gemeinwerk der Zukunft	45
3.2.3	In Forschung und Entwicklung investieren	46
3.2.4	Zukunftsfonds für innovative Unternehmen	47
3.2.5	Zukunftsfähige Wirtschaft	48
3.2.6	Finanzwirtschaft stabilisieren	49
3.3	Starkes Gemeinwesen	50
3.3.1	Öffentliche Dienstleistungen stärken	50
3.3.2	Bodenrente gerechter verteilen	51
3.3.3	Kaufkraft der tiefen und mittleren Einkommen stärken	52
3.3.4	Gleichstellung schaffen, Carearbeit aufwerten	53
3.3.5	Kapitaleinkommen und Finanztransaktionen besteuern	54
3.4	Internationales Engagement	56
3.4.1	Engagement für mehr Gerechtigkeit	56
3.4.2	Entwicklungszusammenarbeit ausbauen	58
3.4.3	Steuervermeidung bekämpfen	59
3.4.4	Gute Beziehungen zu Europa	60
4	SCHLUSSWORT	61

DIE WIRTSCHAFT SIND WIR

Wir sind die Mehrheit. Wohlstand wird mit handwerklicher, intellektueller, fürsorglicher und kreativer Arbeit aller und nicht nur derjenigen der sogenannten Wirtschaftsführer und Anlegerinnen geschaffen, die von Kapitalgewinnen leben. Die SP wird nicht aufhören, für eine Wirtschaft zu kämpfen, die uns allen dient und nicht nur denjenigen, die mit ihrem Geld Wirtschaft und Politik für sich beanspruchen.

Die Wirtschaft muss den in der Bundesverfassung verankerten Zielen verpflichtet werden. Sie soll «die Freiheit und Rechte des Volkes», «die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes» fördern, «für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern» sorgen sowie «der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» und «der friedlichen und gerechten internationalen Ordnung»¹ dienen. Wir fordern eine Wirtschaft für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir wollen eine Wirtschaft, die der Freiheit aller dient. Freiheit erschöpft sich nicht im Abbau von Bürokratie. Freiheit ist nicht das Recht des Stärkeren, Freiheit hat nichts mit dem Abbau öffentlicher Leistungen zu tun: Frei sein bedeutet, die Chance auf ein erfülltes Leben zu haben, an der Gesellschaft teilzunehmen und die eigenen Stärken entfalten zu können. Frei sein, heisst Mitbestimmung und Teilhabe. Freiheit heisst Demokratie auf allen Ebenen.

Unser Engagement ist wichtig, gerade in dieser unruhigen Zeit, in der Globalisierung und Digitalisierung das Leben der Menschen rasch verändern und ganze Berufszweige in Frage stellen; in einer Zeit, in der Reiche immer reicher werden, und das zu Lasten derer, die von ihrer Arbeit leben. Die SP stellt sich dem Wandel. Wir wollen aber nicht, dass er einzig durch Wettbewerb und Profitstreben angetrieben wird. Wir wollen Sicherheit, Perspektiven und Mitbestimmung. Wir wollen uns nicht technischen oder finanziellen Sachzwängen ausgeliefert sehen. Wir wollen eine Wirtschaft gestalten, die uns allen dient.

¹ Bundesverfassung der Eidgenossenschaft: Art 2, Zweck.

EINLEITUNG

Die Weltwirtschaft durchlebt turbulente Zeiten. Die Megatrends Digitalisierung und Globalisierung sowie der ökologische Umbau der Wirtschaft eröffnen neue Chancen, aber auch enorme Risiken für die Demokratie, die soziale Sicherheit und die Verteilungsgerechtigkeit. Die Vermögensungleichheit nimmt in den Industrie- und Schwellenländern zu. Weltkonzerne setzen sich die Regeln zunehmend selber. Gleichzeitig ist das Wachstumsdilemma präsenter denn je. Auch der Klimawandel schreitet weiter voran. Zehn Jahre nach der Finanzkrise haben sich das Wachstum der Weltwirtschaft und des Welthandels verlangsamt; die Zinsen verharren auf tiefstem Niveau.

In der Schweiz stehen wir vergleichsweise gut da. Aber auch hier zeigen sich Fehlentwicklungen: Die Erwerbslosigkeit stagniert auf hohem Niveau, die soziale Sicherheit nimmt ab. Arbeitszeit und Stress nehmen zu, obwohl die Produktivität steigt. Die Zerstörung der Natur und vor allem der Ausstoss von fossilem CO₂ bedrohen die Zukunft. Die Diskriminierung der Frauen im Wirtschaftsleben ist auch bald 40 Jahre nach der Einführung des Gleichstellungsartikels noch nicht überwunden. Die Bedeutung der Care-Ökonomie wird von offizieller Seite nach wie vor ausgeklammert. Gerade das unsozial finanzierte Gesundheitswesen und die hohen Mieten belasten einen Teil der Gesellschaft überdurchschnittlich.

Es ist höchste Zeit für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Alternativen kennen wir durchaus: Die Schweiz kennt eine Tradition der gemeinnützigen Eigentumsformen (Genossenschaften, Unternehmen des Service public), die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit orientieren anstatt am Renditedenken anonymer Grossaktionäre. Beispiele für Pionierleistungen sind die Gründungen von ETH und SBB oder auch die Einführung der AHV.

Mit dem vorliegenden Wirtschaftskonzept präsentiert die SP Schweiz ihre Reformideen für die nächsten zehn Jahre. Bis 2045 wollen wir den ökologischen Umbau erreicht haben. Wir wollen mehr Mitbestimmung in den Betrieben, damit die Stimmen jener zählen, die den gesellschaftlichen Reichtum durch ihre Arbeit erst erwirtschaften. Wir wollen die Digitalisierung so nutzen, dass sie eine Verkürzung und Umverteilung der Erwerbsarbeit ermöglicht. Wir fordern endlich Gleichstellung in der Erwerbs- und der Carearbeit. Wir kämpfen für ein soziales Netz, durch dessen Maschen niemand fällt. Nicht zuletzt stehen wir für eine international engagiertere Schweiz ein. Wirtschafts- und Aussenpolitik müssen zusammen gedacht und den Zielen der UNO-Agenda 2030 für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verpflichtet werden.

Die SP ist sich bewusst, dass es nicht einfach ist, solche Regelungen zu finden. Wirtschaft und Gesellschaft stellen ein kompliziertes Räderwerk dar. Verschiedene Akteure möchten an den Stellschrauben zu ihren Gunsten drehen. Dabei ist es für keinen klar, ob das Verstellen einer Schraube tatsächlich zum erwarteten Effekt führt. Das SP-Wirtschaftskonzept ist darum kein Patentrezept, dank dem sich alles in Kürze zum Guten wendet. Es ist vielmehr einerseits eine Sammlung von Überlegungen und andererseits ein Versprechen, wie wir unseren Einsatz sehen und die Prioritäten setzen. Für geeignetes politisches Handeln sind immer wieder vertiefte Überlegungen nötig.

1 DIE WIRTSCHAFT, DIE WIR MEINEN

Der Begriff «Ökonomie» leitet sich von zwei altgriechischen Wörtern ab: oikos (Haus, Haushalt) und nomos (Gesetz, Lehre). Ökonomie ist also die Lehre vom guten Haushalten. Gutes Haushalten bedeutet, dass alle bekommen, was sie zum Leben brauchen. Wir wollen ein Wirtschaftssystem, das die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt.

Die herrschende Wirtschaftslehre misst den Erfolg einer Volkswirtschaft noch immer nur am finanziellen Wachstum und zieht dafür das Bruttoinlandprodukt oder die Zahl der Arbeitsplätze bei. Diese Messgrößen genügen nicht. Sie blenden zentrale Aspekte aus, ohne die man unmöglich beurteilen kann, ob die Wirtschaft tatsächlich und langfristig den Menschen dient. Die herrschende Wirtschaftspolitik vergisst insbesondere die Care-Ökonomie, die Natur und die Verteilung. Nicht so die Wirtschaftspolitik der SP.

Um unsere Wirtschaftspolitik einzuordnen, beleuchten wir in diesem Kapitel nicht nur die blinden Flecken, sondern zeigen auch, wie vielfältig die Wirtschaftsteilnehmenden sind. Wir zeigen auf, dass das Gute manchmal sehr nah liegt. Für die Bewältigung der grossen wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit hat die Schweiz gute Voraussetzungen. Die SP hat in ihrer Geschichte immer wieder aktiv dazu beigetragen, bewährten Schweizer Tugenden wie Solidarität und Gemeinsinn zum Durchbruch zu verhelfen.

1.1. Verteilung

Wir setzen uns dafür ein, dass die Früchte der wirtschaftlichen Entwicklung allen zugutekommen. Das hat nicht nur mit Gerechtigkeit zu tun. Eine breite Verteilung des Wohlstands ist der Motor eines nachhaltigen wirtschaftlichen Fortschritts.

Besonders die ärmeren Bevölkerungsschichten, die jeden Franken zweimal umdrehen müssen, kurbeln die Wirtschaft an, wenn ihr Einkommen steigt. Ihr Zusatzverdienst fliesst sofort in die Realwirtschaft. Anders die Superreichen, die schon alles haben. Sie werden mit höheren Einnahmen vor allem ihr Ersparnis vermehren und anlegen. Das nützt der in und für die Schweiz produzierenden Wirtschaft wenig. Die vielen KMU, die in erster Linie vom Geld leben, das die Schweizer_innen ausgeben, sind auf eine solide Binnennachfrage angewiesen. Diese macht rund 60% des Umsatzes in der Schweiz aus.

Die Vermögensverteilung hat auch eine geschlechtsspezifische Komponente: Weltweit erhalten Frauen weniger als ein Viertel des Erwerbseinkommens. Vom Kapitaleinkommen ist gar nicht zu sprechen, da Frauen nur 1% des Vermögens kontrollieren. Aber auch in den entwickelten Industrieländern ist der langsame Trend zu mehr ökonomischer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schon seit längerem stehen geblieben. Die Schweiz ist dabei keine Ausnahme: Von den Vermögen kontrollieren Frauen in der Schweiz keinen Zehntel, und vom gesamten Einkommen erhalten sie weniger als ein Viertel.

Wohin also geht das Geld? Geht es zu den Leuten, die arbeiten (Löhne) oder zu den Reichen, die andere für sich arbeiten lassen (Kapitaleinkommen)? Das ist eine entscheidende Frage. Das Bruttoinlandprodukt sagt dazu nichts. Denn es misst die Verteilung nicht. Anders die Lohnquote, die den Anteil der Löhne am Gesamteinkommen erfasst. Diese zeigt eine

beunruhigende Entwicklung. Der Lohnanteil am Bruttoinlandprodukt ist seit den 1980er Jahren in den meisten Ländern gesunken. Zwar blieb die Schweiz davon verschont; die Lohnquote nahm hierzulande sogar leicht zu. Das aber nur, weil das reichste Prozent der Lohnempfänger_innen kräftig zugelegt hat. Lässt man dieses Prozent weg, dann ist die Lohnquote auch in der Schweiz rückläufig. Wären die Früchte des Wachstums gerechter verteilt worden, wären mehr Arbeitsplätze entstanden.

Die Politik der Nachkriegszeit brachte wirtschaftliche Fortschritte für alle Bevölkerungsklassen, weil Einkommen und Vermögen breit verteilt wurden und die Chancengleichheit stieg. Dazu trugen in der Schweiz auch die funktionierende Sozialpartnerschaft, die Sozialwerke sowie der Schutz der Schweizer Löhne vor ausländischer Tieflohnkonkurrenz bei. Die Fortschritte in der Wirtschaftsleistung (Produktivität) wurden in Form von höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten an die arbeitenden Menschen weitergegeben. Diese Entwicklung kam mit der Wirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre an ein Ende. Heute werden wieder die Eigentümer_innen bevorzugt: Sie erhalten mehr vom Kuchen. Privatisierungen, Abbau von Sozialleistungen, Lohndruck und ein Steuersystem, das zugunsten der globalen Konzerne umgebaut wurde, führen zu einer Umverteilung von den Arbeitenden zu den Besitzenden. Die Reichen werden reicher, die Armen kommen nicht vom Fleck. Das führt in eine Sackgasse und gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die SP setzt sich deshalb für eine hohe Lohnquote, für eine gerechte Verteilung der Löhne, eine Besteuerung von Spekulationsgewinnen und für sozialen Ausgleich ein.

1.2. Eine Wirtschaft für alle

Das Modell einer bedarfsorientierten Wirtschaft wird bedroht durch die Idee, Grundgüter und Infrastrukturen zu privatisieren. Beispiele dafür sind die Zerschlagung der PTT und die Teilprivatisierung der Swisscom oder einzelner Kantonalbanken Ende der 1990er Jahre. Auch der Verkauf von staatlichen Grundstücken, die Abschaffung von Erbschaftssteuern oder die Senkung von Dividenden- und Kapitalsteuern verhindern eine bedarfsorientierte Wirtschaft.

Die bürgerliche Revolution hatte die klassische Feudalgesellschaft (Land im Adelsbesitz) Mitte des 19. Jahrhunderts überwunden. Wir beobachten aber in jüngster Zeit, dass sich schleichend eine neue Klasse des Geldadels herausbildet. Diese profitiert von Privatisierungen oder Steuervorteilen. Sie ist derart vermögend, dass sich daraus quasi-feudale Machtverhältnisse ergeben. Grosse Konzerne drohen mit dem Wegzug, wenn sie keine Steuersenkungen erhalten. Oder sie fordern in Freihandelsverträgen Klagerechte für entgangene Gewinne, wenn ein Land demokratisch seine Gesetze ändert. Neue Machtverhältnisse zeigen sich auch dann, wenn russische Oligarchen als Mehrheitsaktionäre Schweizer Traditionsfirmen aufkaufen, oder wenn tschechische Investoren Bergbahnen in der Schweiz kaufen und deren Betrieb einstellen, bis die Gemeinde ihre Wünsche erfüllt. Aber sie äussern sich auch darin, dass Schweizer «Oligarchen» Abstimmungskampagnen finanzieren und Zeitungen aufkaufen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und so ihre politischen Interessen durchzusetzen.

1.3. Eine Vielfalt von Unternehmen

«Die Wirtschaft» oder «das Unternehmen» gibt es nicht. Ein börsenkotierter Grosskonzern, ein lokales Familien-KMU oder auch eine kürzlich gegründete Firma mit einer innovativen Geschäftsidee («Start-up») funktionieren nach unterschiedlichen Logiken. So haben sie denn auch unterschiedliche Bedürfnisse, was die politischen Rahmenbedingungen angeht.

Das wirtschaftliche Erfolgsmodell Schweiz war über Jahrzehnte geprägt durch eine Mischung aus mehr oder weniger innovativen Grosskonzernen sowie aus export- und inlandorientierten KMU und einer leistungsstarken, öffentlich kontrollierten Infrastruktur. Dies wurde unterstützt durch öffentliche Investitionen in die Forschung. So konnten neue Erkenntnisse und Ideen in Geschäftsmodelle überführt werden. Deshalb war die Schweiz trotz ihrer Rohstoffarmut wirtschaftlich erfolgreich. Auch dies hat sich Ende der 1990er Jahre geändert. Die bürgerliche Mehrheit im Bundesparlament beschloss die Unternehmenssteuerreform I und lockte mit Steuerprivilegien ausländische Grosskonzerne an. Hunderte von Konzernen, die hierzulande oft nur wenige Leute beschäftigen, haben seither ihren Hauptsitz in die Schweiz verlegt². Damit haben wir zur Verschiebung von Steuersubstrat in die Schweiz beigetragen und im Gegenzug zu Steuerausfällen in anderen Ländern.

Wir wollen die Wirtschaftsentwicklung wieder stärker aus eigener Kraft vorantreiben. Grosse ebenso wie kleine Unternehmen, die gute Arbeitsbedingen bieten, die die Mitbestimmung in den Betrieben hochhalten, die umweltfreundlich produzieren und innovativ sind, sollen in der Schweiz gute Bedingungen vorfinden. Die Unternehmen sollen die Herausforderungen von Globalisierung, Digitalisierung und Klimaerwärmung bewältigen und neue Ideen und Geschäftsmodelle verwirklichen können. Dafür brauchen sie Zugang zu günstigen Betriebskrediten, zu gut ausgebildeten Fachkräften und zu Wissen sowie griffige flankierende Massnahmen in den Handelsverträgen. Der Staat soll die Unternehmen mit guter Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen unterstützen. Bedingung dafür ist, dass alle Unternehmen über Steuern ihren Teil an die staatlichen Leistungen zahlen.

1.4. Kapitalismus und Marktwirtschaft

Will die Sozialdemokratie den Kapitalismus überwinden, oder will sie eine soziale Marktwirtschaft? Diese Frage wird immer wieder gestellt. Sie vermischt aber Begriffe und verkennt die Realität. Kapitalismus und Marktwirtschaft sind nicht deckungsgleich, auch wenn sie oft als Synonyme verwendet werden.

Kapitalismus steht für Privateigentum an Produktionsmitteln. Aktionäre, Investmentfonds oder mächtige Eigentümer_innen besitzen die Unternehmen. Marktwirtschaft hingegen bringt (zumindest in der Theorie) Angebots- und Nachfragemengen über den Preis ins Gleichgewicht. Sie steht damit im Gegensatz zur Planwirtschaft, in der die Mengen geplant und die Preise entsprechend den Kosten festgelegt werden. Die Vorstellung einer Schweiz, die vollständig kapitalistisch und gleichzeitig marktwirtschaftlich organisiert wäre, wird der Realität

²2016 waren sieben der zehn umsatzstärksten Unternehmen mit Sitz in der Schweiz Rohstoffhandelskonzerne. Quelle: Handelszeitung, Top 500.

nicht gerecht. Sie ist ebenso falsch wie die Vorstellung, die einzige Alternative zur aktuellen Organisationsform der Wirtschaft sei der planwirtschaftliche Kommunismus. Die Kontroverse «Markt versus Staat» greift zu kurz.

Unsere Wirtschaftsordnung besteht aus mannigfaltigen Mischformen. So ist die Produktion von Medikamenten privatwirtschaftlich organisiert, die Preise werden aber – unter anderem auf Wunsch der Pharmaindustrie – administrativ festgelegt. Anders ist es bei den Kantonalbanken: Sie produzieren unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, sind aber mehrheitlich im Eigentum der öffentlichen Hand und liefern jährlich Gewinne in die Kantons- und Gemeindekassen ab. Die Bauernfamilien wiederum produzieren zwar auf eigene Rechnung. Der Bund beeinflusst aber die Preise landwirtschaftlicher Güter mit Hilfe von Zöllen und unterstützt die Bauernbetriebe mit steuerfinanzierten Direktzahlungen. Auch die Anzahl Schulen, Studienplätze, Spitalbetten, Strassen oder Bahnen sowie die Stromproduktion sind durchwegs geplant, und die Preise dafür werden festgelegt. Wir haben politisch entschieden, dass der Zugang zu diesen Gütern nicht eine Frage der Zahlungsfähigkeit ist, sondern dass alle ein Recht auf diese Güter haben sollen.

Diese Idee ist älter als der Kapitalismus: Güter und Dienstleistungen, auf die in modernen Zivilisationen niemand verzichten kann, sind Teil des Volksvermögens und werden von der Gemeinschaft bereitgestellt. Zu diesen Gütern und Dienstleistungen gehören namentlich Wasser, Strom, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Verkehr sowie Telekommunikations-, Post- und Bankdienstleistungen. Sogar bei den sich mehrheitlich in privatem Besitz befindlichen Immobilien wird der Markt gesetzlich beschränkt: Das Gesetz sieht vor, dass Eigentümer nur eine beschränkte Rendite erzielen dürfen. Die Philosophie dahinter: Niemand soll aus der Bereitstellung von Grundgütern, auf die wir alle angewiesen sind, übermässigen Gewinn erwirtschaften. Güter hingegen, die für den Grundbedarf entbehrlich sind, werden privatwirtschaftlich hergestellt, mit nach marktwirtschaftlicher Logik ermittelten Mengen, Preisen und entsprechenden Gewinnen.

Auch kollektiv geführte Gesellschaften (Genossenschaften, staatliche Unternehmen) müssen sorgfältig mit den Mitteln und Kompetenzen umgehen, die ihnen anvertraut werden. Sie sollen ihre Aufgaben effizient und im Sinne ihrer Kund_innen wahrnehmen. Deshalb ist es eine zentrale Aufgabe der Genossenschaftsmitglieder bzw. der Verwaltung und der beaufsichtigenden Parlamente, dafür zu sorgen, dass diese Unternehmen gute und erschwingliche Leistungen erbringen, faire Löhne bezahlen und rechtlich korrekt wirtschaften. Nur ein Staat, der diese Aufgabe gewissenhaft erledigt und seine eigene Tätigkeit immer hinterfragt, ist ein Staat, der im Sinne seiner Bevölkerung handelt. Die kollektiven Besitzformen sind den Einzelunternehmen, GmbHs und Aktiengesellschaften in zwei entscheidenden Punkten überlegen. Sie müssen keine Dividenden an aussenstehende Geldgeber_innen abliefern, und sie werden demokratischer gesteuert.

Die SP denkt in unterschiedlichen Güterklassen, für die es jeweils eigene Organisationsformen braucht. Diejenigen Güter und Dienstleistungen, die in modernen Zivilisationen alle nutzen müssen, sollen auch denjenigen gehören, die von ihnen abhängig sind – also der Allge-

meinheit. Die SP sucht in eidgenössischer Tradition nach Wirtschaftsformen, die sicherstellen, dass Gewinn und Wertschöpfung der breiten Bevölkerung zugutekommen: Allen statt wenigen.

1.5. Care-Ökonomie

Obwohl der Begriff Ökonomie aus der Hauswirtschaft stammt, vernachlässigt die gegenwärtige Wirtschaftspolitik ausgerechnet das, was wir gemeinhin unter «Haushalten» verstehen. Sie kümmert sich kaum um die Arbeit für Haus, Kinder, Betagte und Kranke, die auch als Care- oder Sorge-Arbeit bezeichnet wird. Diese Tätigkeiten stellen wahrscheinlich den grössten Wirtschaftssektor dar, werden durch die Wirtschaftswissenschaft und die Politik aber kaum erfasst, weil sie zum grossen Teil unentgeltlich geleistet werden. Solange die Carearbeit in ökonomischen Betrachtungen nicht vorkommt, kann eine gerechte und sinnvolle Wirtschaftspolitik ihre wichtigste Aufgabe nicht erfüllen: Sie kann nicht dafür sorgen, dass alle bekommen, was sie zum guten Leben brauchen³.

Wir wollen, dass die Wirtschaftswissenschaften die Carearbeit stärker berücksichtigen und daraus methodische wie inhaltliche Konsequenzen ziehen für ihren Blick auf die Gesamtwirtschaft. Dafür braucht es eine Stärkung der feministischen Ökonomie an den Universitäten und Hochschulen. Carearbeit ist eine ökonomische und keine soziale Frage. Wir fordern aber auch, dass die Carearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilt wird. Deren gerechte Verteilung ist der Schlüssel zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in Wirtschaft und Gesellschaft. Die unbezahlte Carearbeit wird nach wie vor zum grossen Teil von Frauen geleistet. Frauen sind deshalb weit davon entfernt, gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Im Vergleich zu den Männern werden sie im Arbeitsmarkt diskriminiert. Das ist einer von vielen Gründen, warum Frauen in der bezahlten Erwerbsarbeit zurückgebunden werden, warum keine Lohn- und Chancengleichheit besteht. Das akzeptieren wir nicht. Wirtschaftliche Gleichstellung und Lohngleichheit sind für eine moderne Gesellschaft zentral. Wir geben nicht auf, bis sie umgesetzt sind.

1.6. Die Natur erhalten

Natürliche Ressourcen stehen am Anfang der Wirtschaft: Sie liefern Nahrung, Bau- und Wirkstoffe sowie Energieträger. Wir leben von der Natur. Dennoch erfasst die gängige Wirtschaftslehre ihren Zustand nicht. Im Gegenteil, das Bruttoinlandprodukt wächst auch dann, wenn Grundwasser verschmutzt, Boden versiegelt, Wald gerodet, Arten ausgerottet oder das Klima erhitzt werden. Dass damit Werte von morgen vernichtet werden, erkennt die Statistik nicht, weil die Zerstörung oder die Übernutzung natürlicher Ressourcen die Verursacher_innen häufig nichts oder zu wenig kostet. Das führt zu falschen Preissignalen, zu einer Verzerrung der Realität und zu Entscheidungen, die sich spätestens bei unseren Nachkommen rächen werden.

³ Ina Praetorius (2015): Wirtschaft ist Care (2 (https://www.boell.de/sites/default/files/2015-02-wirtschaft-ist-care.pdf?dimension1=division_sp).

Es gibt zwar zahlreiche Forschungsprojekte, die versuchen, den Geldwert der Natur zu ermitteln⁴ oder die so genannt externen Kosten von Produktionsprozessen zu messen. Es gibt sogar erste Ratingagenturen, welche die Kreditwürdigkeit von Nationen aufgrund des ökologischen Fussabdrucks⁵ beurteilen⁶. Das reicht aber nicht. Wenn wir wollen, dass die Wirtschaft auch in Zukunft funktioniert, müssen und wollen wir die Natur und ihre grosse Vielfalt erhalten. Dafür braucht es klare Regeln, Standards und Verbote.

Eine Schweizerin oder ein Schweizer verbraucht etwa dreimal mehr Umweltleistungen und -ressourcen, als global pro Kopf nachwachsen⁷. Drei Viertel dieses Überkonsums machen Benzin und Heizöl aus⁸. Ihre Verbrennung heizt das Erdklima auf. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Wir wollen unseren Kindern und Enkel_innen ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen. Deshalb richten wir unsere Wirtschaftspolitik nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit aus. Die Ausrede, Klima- oder Umweltschutz kämen den ärmeren Teil der Bevölkerung zu teuer zu stehen, zählt nicht. Es sind die wachsenden Folgekosten und Umweltkatastrophen, welche die Bevölkerung gerade auch in ärmeren Schichten und Ländern besonders heftig treffen werden. Heute kurz-sichtig zu sparen, erhöht die Kosten von morgen. Damit die Kosten des ökologischen Umbaus für alle verkraftbar bleiben und keine sozialen Härten schaffen, dafür müssen ausgleichende politische Massnahmen sorgen.

⁴ www.teebweb.org.

⁵ Als ökologischer Fußabdruck wird die Fläche auf der Erde verstanden, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen oder eines Landes (unter den heutigen Produktionsbedingungen) dauerhaft zu ermöglichen.

⁶ <https://data.footprintnetwork.org>.

⁷ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/nachhaltige-entwicklung/oekologischer-fussabdruck.html>.

⁸ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/nachhaltige-entwicklung/oekologischer-fussabdruck.html>.

2 DIE ENTWICKLUNG DER LETZTEN ZEHN JAHRE

2.1 Frühere Wirtschaftskonzepte der SP Schweiz

Ein politisches Positionspapier in Form eines Wirtschaftskonzepts für zehn bis zwölf Jahre kennt die SP Schweiz seit 1994. Das vom damaligen Parteitag verabschiedete Konzept hiess «Mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten». Es fand breite Beachtung in den Medien. Das Papier stand im Zeichen des ideologischen Siegeszugs des Neoliberalismus nach dem Zusammenbruch des Ostblocks sowie der Folgen des Platzens der Immobilienblase und der steigenden Arbeitslosigkeit. Das damalige Konzept bildete eine Art Katalog von Vorschlägen für den Umbau der Schweizer Wirtschaft: hin zu mehr Demokratie, Ökologie und zur Vollbeschäftigung. Viele seiner Forderungen sind (leider) heute noch nicht umgesetzt, andere sind etwas in den Hintergrund geraten, und in wieder anderen Bereichen wurden Fortschritte erzielt.

Das zweite Wirtschaftskonzept von 2006 war noch umfangreicher. Unter dem Titel «Die Wirtschaft sozial und ökologisch gestalten» versammelte es auf mehr als 160 Seiten eine grosse Zahl von Reformvorschlägen, die teilweise sehr detailliert ausgearbeitet wurden. Frei von Wirtschaftskrisen war der Zeitraum von 1994 bis 2006 beileibe nicht. In diese Zeit fielen das Platzen der «Dotcom-Blase» und die Asienkrise. Jedoch wurde das Papier noch vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007/2008 fertiggestellt, welche die Weltwirtschaft und auch die ökonomische Debatte von Grund auf erschüttert hat.

Das vorliegende Wirtschaftskonzept orientiert sich an den wichtigsten Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen. Dazu gehören die rasch fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung, die Globalisierung im Zeichen umfassender Handelsverträge und anderer internationaler Abkommen sowie die Wachstumsfrage und der Umgang mit den ökologischen Folgen menschlichen Wirtschaftens. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen formuliert die SP politische Stossrichtungen sowie konkrete Massnahmen.

2.2 Die grossen Kontroversen unserer Zeit: Digitalisierung, Globalisierung und Wachstumsdilemma

2.2.1 Digitalisierung: Chancen und Risiken

Die Digitalisierung steht für den technischen Fortschritt zu Beginn dieses 21. Jahrhunderts. Sie schafft eine neue Schlüsselindustrie und verändert gleichzeitig die bestehenden Industrien. Mit Hilfe von künstlicher Intelligenz, komplexer Sensorik sowie kostengünstiger elektronischer Datenübertragung und -verarbeitung verändern sich Kommunikations- und Arbeitsprozesse grundlegend. Die sogenannte Plattform-Ökonomie, die Dienstleistungen, Arbeitsgeber und Kundinnen via Onlineplattformen und Apps vermittelt und zusammenführt, wird sich weiter ausbreiten. Die SP sieht in dieser Entwicklung Chancen und Risiken.

Einerseits eröffnet die Digitalisierung Chancen, gefährliche oder repetitive Arbeit durch Maschinen erledigen zu lassen. Dies ermöglicht freie Zeit für anderes: Wir verfügen alle über die vielfältigsten Begabungen und Talente, die wir – eingespannt in heutige Arbeitsprozesse

– nicht genügend entwickeln und in die Gemeinschaft einbringen können.

Digitalisierung ermöglicht mobilere Arbeitsplätze und flexiblere Arbeitszeiten. Das alles kann unser Leben erleichtern und bereichern. Das Internet verbessert den Zugang zu Wissen und Bildung. Es hilft Menschen weltweit, miteinander in Verbindung zu treten und sich zu äussern. Ebenso erlaubt das Internet die zensurlose Verbreitung von politischer Information, Kunst und Kultur. Crowdfunding kann Künstler_innen unabhängig machen von grossen Labels und Verlagen. Das Teilen von Wissen, digitalen Kompetenzen (Open Access, Open Source) birgt grosses Potenzial für Wirtschaft und Gesellschaft. Dank digitalen Applikationen verzichten immer mehr Menschen auf Eigentum: Wer Dinge wie Autos, Maschinen, Werkzeuge, Literatur oder Musik nicht besitzt, kann sie über digitale Plattformen von anderen anmieten («sharing economy»). Wer über die nötigen Kenntnisse und einen Computer mit Internetanschluss verfügt, kann seine Dienstleistungen und Ideen vielen Menschen zugänglich machen⁹. Dank beschleunigtem Informationsaustausch können Kundenwünsche besser erkannt und berücksichtigt werden. Die Produktion kann besser der Nachfrage angepasst werden. Prozesse können optimiert, Transportwege vermieden werden. Dies lastet bestehende Infrastrukturen besser aus und schont die Ressourcen. Die «sharing economy» kann auch in nicht-profitorientierten Modellen realisiert werden. Genossenschaftliche und partizipative Formen des Wirtschaftens ziehen Vorteile aus dem Fortschritt der Informationstechnologie. Die 3D-Drucktechnologie wird es mittelfristig erlauben, einen Teil der in Billiglohnländern ausgelagerten Produktion wieder zurückzuholen.

Nicht zuletzt bietet die Digitalisierung zusätzliche Möglichkeiten für Menschen mit Behinderung. Die Online-Verfügbarkeit von Produkten und Dienstleistungen erleichtert ihnen den Alltag. Voraussetzung dafür ist ein barrierefreies Design von Hard- und Software.

Zu den bahnbrechenden Errungenschaften der Digitalisierung gehören auch Blockchains. Dabei handelt es sich um dezentral organisierte Datenbanken, welche frei benutzt, aber nicht manipuliert werden können. Die Technologie steht noch am Anfang. Es kann noch nicht beurteilt werden, ob Treuhänderinnen und Bankiers, Notare und Juristinnen, Gerichte oder Grundbuchämter dadurch eines Tages überflüssig werden. Sicher ist, dass sich viele Arbeitsprozesse bei Banken, Versicherungen und Verwaltungen radikal verändern werden. Es gibt Bestrebungen, die Schweiz zu einem Zentrum der globalen Blockchain-Szene zu machen. Auf der Blockchain-Technologie basieren auch digitale Währungen (Kryptowährungen). Diese werden als Spekulationsobjekt, immer mehr aber auch als Zahlungsmittel, eingesetzt. Sollte dieser Trend anhalten, würde das Währungssystem stark dezentralisiert und anonymisiert. Die Folgen einer solchen Entwicklung sind noch nicht absehbar. Sie könnte sogar dazu führen, dass die Währungspolitik von den Nationalbanken abgelöst und Geldflüsse zunehmend unabhängig von Banken stattfinden würden.

Wir wissen heute noch nicht, ob durch die Folgen der Digitalisierung in der Schweiz unter dem Strich Arbeitsstellen verloren gehen werden. Klar ist, dass die Digitalisierung dazu führt, dass sich Branchen und Berufsbilder immer rascher wandeln. Insbesondere Berufe mit Auskunfts- und Beratungsfunktion sowie repetitive Tätigkeiten fallen zunehmend weg. Viele

⁹ Jeremy Rifkin (2014): Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft

Menschen suchen medizinische und juristische Informationen im Internet. Wie bisherige Erfahrungen zeigen, wird der Bedarf an hochqualifizierten Berufsleuten (IT) zunehmen, der Bedarf an mittelqualifizierten teilweise abnehmen (kaufmännischer Bereich, Verkauf), teilweise zunehmen (Bildung, Soziales) und der Bedarf an niedrigqualifizierten in etwa stagnieren. Weltweit zählen die Frauen zu den Verlierer_innen auf dem Stellenmarkt¹⁰. Zwar sind Pflegeberufe weniger durch Maschinen zu ersetzen, aber viele andere Arbeiten, beispielsweise im Detailhandel oder im Backoffice, werden automatisiert. Das Risiko für Arbeitslosigkeit steigt, falls der Zugang zu lebenslanger Weiterbildung ungenügend ist.

Die Einführung von digitalen Anwendungen wird in vielen Fällen zu Effizienzsteigerungen führen, zur Überwindung von Informationsmonopolen sowie zur Verfügbarmachung von bisher nicht genutzten Ressourcen. Schreitet die Digitalisierung aber einseitig profitorientiert und ungesteuert voran, birgt sie Gefahren. Ein Beispiel: Bereits heute wird die Digitalisierung (unter dem Deckmantel der «innovativen» Plattformökonomie) vom Fahrdienst-Anbieter Uber zum Anlass genommen, geregelte Arbeitsverhältnisse zu untergraben und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Zahl von sogenannten Crowdworkern, die in einem unregelmäßigen Auftragsverhältnis digitale Arbeiten erledigen, nimmt rasch zu. Diese genießen praktisch keinen rechtlichen Schutz. Seit Jahren lagern Firmen nicht nur ihre Produktion, sondern auch Dienstleistungen im grossen Stil in Tieflohnländer oder an Billiganbieter aus. Eine Umkehr dieses Trends ist nicht in Sicht, er wird durch bessere Kommunikationsnetze sogar verstärkt. Die klassischen Definitionen, Abgrenzungen und Regeln im Arbeitsrecht und in der Sozialpartnerschaft verschwimmen zusehends, ebenso die Trennung zwischen Arbeit und Freizeit. Der Druck auf die Angestellten, ständig erreichbar zu sein, nimmt zu. Das alles kann den Stress am Arbeitsplatz vergrössern. Und es wird von gewissen Unternehmen und deren Lobbyorganisationen politisch dazu missbraucht, die Arbeitsrechte weiter abzubauen. Der schnelle Wandel in der Berufswelt führt zudem zu einer neuen Ungleichverteilung der Risiken: Wer wenig Geld hat und die Stelle verliert, hat es schwieriger, Anschluss zu finden, als jemand mit einem finanziellen Polster. Von der beruflichen Weiterbildung bis hin zur Unternehmensgründung ist es eine Kostenfrage, ob man sich den schnellen Veränderungen anpassen kann oder nicht. So kann ein Teufelskreis der Ungleichheit die Folge sein. Auch das gesamtgesellschaftliche Risiko steigt: Die wachsende Abhängigkeit unserer Wirtschaft und Infrastruktur von Datenübertragung setzt jene neuen Grossrisiken durch Stromausfall oder Cyberangriffen aus.

Zu den Risiken gehören auch gesellschaftliche Veränderungen. Internet und soziale Medien befördern die gesellschaftliche Isolation, die Verbreitung von Respektlosigkeit, Hass und Unwahrheiten («Fake News»), den Verlust an Privatsphäre sowie den Missbrauch persönlicher Daten. Künstler_innen werden häufiger ihrer Autorenrechte beraubt, indem ihre Werke gratis weiterverbreitet werden.

Auch für Umwelt und Klima birgt die Digitalisierung Tücken. Technologien wie Blockchain verlangen nach enormer Rechenleistung. Trotz ständiger Effizienzsteigerung der Hardware

¹⁰ WEF (2016): The Industry Gender Gap

ist der IT-bedingte Stromverbrauch in ständigem Wachstum begriffen. Alleine die verbreitetste Kryptowährung Bitcoin verursacht einen Stromverbrauch, der Ende 2017 den vieler mittelgrosser Staaten übertraf¹¹¹².

Und schliesslich hat die Digitalisierung trotz ihres Demokratiepotentials bisher zu einer weltweiten Machtballung bei grossen IT-Firmen und zur Vermögenskonzentration beigetragen. Es sind marktbeherrschende Grosskonzerne mit monopolartiger Stellung entstanden, die ihre Gewinne an den Steuerbehörden vorbeitricksen können.

Die Position der SP: Die Digitalisierung findet statt. Wir wollen daran teilhaben, mitgestalten und mitentscheiden. Weil Bildung und Forschung die wichtigsten Ressourcen der Schweiz sind, wollen wir dafür sorgen, dass die Schweiz über eine gute digitale Infrastruktur verfügt und beim Know-how eine internationale Führungsrolle einnimmt. Wir müssen die Menschen befähigen, beim digitalen Wandel mitzuhalten und ihn mitzugestalten. Der soziale Schutz muss zudem diesen neuen Gegebenheiten angepasst werden. Die Digitalisierung wird nur dann dem Wohl der Mehrheit dienen, wenn ihre Vorteile allen zugutekommen und wenn die Regeln des Arbeitens und Zusammenlebens nicht ausgehöhlt werden. Alle müssen die Chance erhalten, die neuen Technologien in ihrem Beruf zu beherrschen und mitzugestalten. Dazu braucht es starke Gewerkschaften und ausgebaute Rechte für die Arbeitenden, damit die lohnabhängige Mehrheit gestärkt und nicht geschwächt wird. Auf diese Weise wird die Digitalisierung auch zu einer Chance für die Demokratisierung der Wirtschaft.

2.2.2 Globalisierung: Von Gütern und Gerechtigkeit

Von Globalisierung spricht man, wenn Waren, Dienstleistungen, Informationen und Kapital vermehrt weltweit über Landesgrenzen ausgetauscht werden und Personen vermehrt über Landes- und Kontinentengrenzen wandern. Wie schnell die Globalisierung vonstattengeht, hängt längst nicht nur vom technischen Fortschritt ab, obwohl dieser eine grosse Rolle spielt. Die tieferen Treibstoffkosten, die rasante Entwicklung der Transportlogistik (Flugtransporten, Container, Frachtschiffe) sowie das Internet haben ihren Teil dazu beigetragen. Wichtige Treiber der Globalisierung sind politische Entscheide: Die Entwicklung der Globalisierung in den letzten Jahrzehnten ging ganz wesentlich mit der Deregulierung des globalen Kapitalverkehrs einher. Wer über Kapital verfügt, kann es heute fast uneingeschränkt in jedem Land und jedem Unternehmen investieren, und zwar dort, wo eine Anlage die grösste Rendite verspricht. Das hat zur Folge, dass Produktionsstätten in ferne Länder verschoben werden und dass Menschen dorthin ziehen, wo Arbeitsplätze entstehen. Die Politik ging insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren davon aus, dass es für alle Länder besser sei, wenn völlig frei gehandelt werden darf. Wenn die Waren dort hergestellt werden, wo sie am günstigsten produziert werden können, profitieren laut dieser Theorie¹³ im Prinzip alle. Deshalb

¹¹ <https://digiconomist.net/bitcoin-energy-consumption>

¹² Dies liegt aber nicht an der Blockchain selbst, sondern an einem Designentscheid von Bitcoin (für Konsens-Findung durch einen proof-of-work Algorithmus vgl. z.B. [coinHero](#)), der nicht geändert wurde, obwohl aus der einst genialen Idee längst eine ökologische und sicherheitsmässige Absurdität geworden war.

¹³ Die Ideologie des unbegrenzten Freihandels baut wesentlich auf der Theorie des komparativen Kostenvorteils des Ökonomen David Ricardo auf.

wurden weltweit Zölle und andere Handelsschranken abgebaut. Grossmächte und internationale Organisationen haben dies durchgesetzt, und zwar über bilaterale ebenso wie multilaterale Handelsabkommen. Die WTO schränkt ferner die Möglichkeit ein, die eigene Produktion mittels Subventionen vor der internationalen Konkurrenz zu schützen. Immer wichtiger für die Mobilität von Kapital, Arbeit und Waren ist der sogenannte Standortwettbewerb: Viele Länder, darunter auch die Schweiz, gehen sehr aggressiv vor, um Unternehmen anzuziehen. Zum Instrumentarium gehört die Senkung der Unternehmenssteuern ebenso wie der Abbau von Arbeitsrechten. Inzwischen hat der ungezügelter Neoliberalismus einen Teil seines Einflusses verloren. Den meisten derartigen Abkommen wurden unterdessen Bestimmungen über soziale und ökologische Nachhaltigkeitspflichten angefügt.

Die Schweizer Volkswirtschaft profitiert wirtschaftlich von der Globalisierung. Denn die Möglichkeit Waren und Dienstleistungen zu importieren und auch zu exportieren wächst. Tatsächlich übertreffen denn auch die Exporteinnahmen der Schweiz die Importausgaben für Waren und Dienstleistungen. Die Schweiz weist damit eine positive Leistungsbilanz auf. Diese hat in den letzten Jahrzehnten immer einen Überschuss verzeichnet. Das bedeutet, dass die Schweiz laufend neue Forderungen an das Ausland anhäuft, ihr Auslandvermögen steigt also laufend. Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Haupthandelspartner des grenzüberschreitenden Warenverkehrs sind die Industriestaaten; eine besonders wichtige Stellung nimmt dabei die EU ein¹⁴.

Der Bundesrat setzte sich in der WTO für die Liberalisierung des Handels und für starke rechtliche Schranken ein. Parallel dazu baute die Schweiz ihr Netz von Freihandelsabkommen aus und ergänzt die Vereinbarungen seit etwa 2010 um Nachhaltigkeitskapitel. Gleichzeitig trug der Bundesrat zur Ausgestaltung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bei, zu der sich 2015 sämtliche UNO-Mitgliedsstaaten bekannten. Die Agenda 2030 ist ein weltweites Projekt zum grundlegenden Umbau von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat auf der Grundlage einer umfassend definierten Nachhaltigkeit in all ihren sozialen, ökologischen, menschenrechtlichen und friedenspolitischen Dimensionen¹⁵.

Handel verbindet Länder und führt Kulturen zusammen. Staaten, die Waren austauschen, verständigen sich und vermeiden Auseinandersetzungen. Globaler Handel trägt auch zum Wohlstand bei. Er hat in weniger entwickelten Volkswirtschaften Hunderte von Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen und führt weltweit zu tieferen Preisen für zahlreiche Güter. Elektrogeräte, Kleidung, aber auch Produktionsmittel wie Photovoltaik-Paneele sind heute viel günstiger als noch vor Jahrzehnten. Davon haben die Konsument_innen auf der ganzen Welt profitiert. Das handelsbedingte Wirtschaftswachstum insbesondere in Schwellenländern hat die Kaufkraft in diesen Ländern verbessert. Das hat dazu beigetragen, dass die Kindersterblichkeit gesunken ist, und dass die Qualität der Gesundheitsversorgung und der Bildungsstand gestiegen sind. Der wachsende Wohlstand in den Schwellenländern hat das Bevölkerungswachstum verlangsamt. Es ist heute denkbar, dass eine Weltbevölkerung von

¹⁴ Eidg. Zollverwaltung 2017: Statistik des Aussenhandels der Schweiz 2016

¹⁵ Bundesrat, Berichte zur Aussenwirtschaftspolitik 2009 und 2015 und Bericht zur Aussenpolitik 2017; UNO Agenda 2030: <http://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>

9 Milliarden Menschen nicht überschritten wird¹⁶. Das Bewusstsein wächst, dass globale Fragen wie Klima- und Umweltschutz, faire Ressourcennutzung, Schutz der Arbeitsbedingungen, faire Besteuerung, Frieden und Sicherheit nur international gelöst werden können.

Gleichzeitig gehört ein Teil der Lohnabhängigen und KMU zu den Verlierer_innen der Globalisierung. Wenn Konzerne ihre Produktion verlagern, werden lokale Güterkreisläufe zerstört. Während sich für die einen neue Chancen eröffnen, stehen andere ohne Einkommen da. Vielerorts steigt auch der Druck auf die Löhne, und die Arbeitsbedingungen werden schlechter. Der Stress am Arbeitsplatz nimmt zu. Rund um den Globus werden täglich Menschenrechte verletzt und menschenunwürdige Produktionsstätten betrieben. Wiederum sind Frauen in besonderem Ausmass betroffen.

Dabei verliert auch die Demokratie. Das Bündnis von Finanzplatz- und Rohstoffhandelsinteressen im Norden mit korrupten Eliten im Süden zerstört den Rechtsstaat, untergräbt gute Regierungsführung und verhindert Demokratie. Denn es sind gewaltige Interessen im Spiel: Allein aus Entwicklungsländern fließen rund sieben Mal mehr Finanzmittel ab, als öffentliche Entwicklungshilfe in die Gegenrichtung geleistet wird. Vielerorts versuchen Weltkonzerne und neoliberale Regierungen, öffentlich kontrollierte Wirtschaftszweige für den globalen Wettbewerb zu öffnen. Das gilt etwa für die Energie- und Gesundheitsversorgung, oder auch für Bildungsinstitute. Diese Bereiche galten früher als wichtig für die Unabhängigkeit eines Staates. Heute werden sie dem demokratischen Einfluss entzogen, indem sie beispielsweise in den Besitz privater Konzerne kommen. Die Gewinne fließen so von der Mehrheit der Bevölkerung weg zu einer Minderheit von Investoren und Aktionären immer grösserer Konzerne. Schliesslich nutzen die international tätigen Unternehmen Lücken oder Unterschiede in den nationalen Steuergesetzen, um gewaltige Gewinne vor dem Fiskus zu verstecken.

Und schliesslich verliert die Umwelt. Konzerne bezahlen immer noch nichts für die Schäden, die sie dem Klima oder der Natur zufügen. Sie nehmen gemessen an ihrem riesigen Reichtum und ihrer grossen Macht nur selten ökologische und soziale Verantwortung wahr, obwohl sie gerne damit prahlen. Entsprechend müssen sich die häufig stark verschuldeten Staaten um die Rettung des Klimas und der Natur kümmern. Das ist teuer. Gleichzeitig fehlen den Staaten dringend notwendige finanzielle Mittel, weil die Unternehmenssteuern für multinationale Konzerne sinken bzw. sich die Konzerne der Steuerpflicht entziehen. Es fehlt an bindenden globalen Rahmenbedingungen und an der Durchsetzung von wirkungsvollen Standards für den Schutz der Umwelt und der Menschenrechte.

Die Position der SP: Globalisierung kann dazu beitragen, den Wohlstand aller Menschen zu vermehren, den Frieden zu fördern und Völker miteinander zu verbinden. Deshalb ist für uns als SP klar: Wir wehren uns gegen rechte Abschottungsfantasien. Aber wir wehren uns auch gegen einen Freihandel, welcher nur dem Kapital und den Superreichen dient. Verträge, welche die Souveränität der Staaten aushebeln, die Rechte der Arbeitenden und Umweltstandards direkt angreifen, bekämpft die SP. Wir setzen uns stattdessen für einen gerechten internationalen Handel und ein gerechtes internationales Steuersystem ein. Dazu

¹⁶ Bevölkerungsprognosen der UNO 2017: https://esa.un.org/unpd/wpp/Publications/Files/WPP2017_KeyFindings.pdf

fordert die SP etwa verbindliche soziale und ökologische Standards in allen Freihandelsabkommen, welche entsprechend kontrolliert und sanktioniert werden. Gleichzeitig anerkennt die SP den Sinn und das Recht von Staaten, gewisse Bereiche ihrer Lokalwirtschaft vor dem internationalen Wettbewerbsdruck zu schützen. Das Ziel der SP ist eine offene, solidarische Welt für alle, nicht nur für Reiche und Unternehmen.

2.2.3 Wachstum und Klimaschutz

Unter Wirtschaftswachstum wird gemeinhin die Zunahme des Bruttoinlandproduktes¹⁷ (BIP) verstanden. Je grösser es ist und je schneller es wächst, desto besser gehe es einem Land und seinen Bewohner_innen, so die gängige Meinung. Doch das täuscht. Einerseits sagt das BIP nichts über die Verteilung der Früchte des Wachstums aus. Andererseits wächst das Bruttoinlandprodukt auch dann, wenn Naturkatastrophen Reparaturen und Notfalldienste nötig machen, wenn die Natur zerstört und das Klima überhitzt wird. Dass damit kein nachhaltiger Wohlstandsgewinn verbunden ist, versteht sich von selbst. UNO, EU, OECD sowie einzelne Länder und US-Bundesstaaten ziehen zur Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung deshalb andere Indikatoren wie Beschäftigung, Gesundheit, Bildungsstand, Naturzerstörung oder Klimafreundlichkeit (Kohlenstoffeffizienz) bei. Eine Diskussion über Fluch und Segen des Wirtschaftswachstums wird erst sinnvoll, wenn man sich darüber einig wird, was wachsen soll, wovon es in Zukunft mehr und wovon es weniger geben soll.

Das Wirtschaftswachstum ermöglicht uns materiellen Wohlstand. Auch das Funktionieren der Sozialwerke baut darauf auf. Wenn die Produktivität steigt, können wir denselben Wohlstand mit weniger Arbeitsaufwand erreichen. Das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem basiert darauf, dass auf dem eingesetzten Kapital eine Rendite erzielt wird. Was erarbeitet wird, kann, sofern es breit verteilt wird, Nachfrage und Wachstum generieren. Oder dann können diese Mittel dafür eingesetzt werden, die Umweltprobleme zu lösen und eine klima- und ressourcenfreundliche Infrastruktur aufzubauen. So verzeichnet die Schweiz dank Energiesparmassnahmen im Gebäudebau und der Erzeugung erneuerbarer Energie ein höheres Jobwachstum im Umweltbereich als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt¹⁸.

Das Wirtschaftswachstum zu beenden, birgt unter den bestehenden Bedingungen ein kaum zu verantwortendes soziales Risiko. Es unverändert weiter zu führen, sprengt die ökologischen Grenzen des Planeten. Man spricht vom globalen Wachstumsdilemma.

Die Lösung angesichts dieser Falle ist die Entkoppelung der Wirtschaftstätigkeit vom Kohlenstoff- und Ressourcenverbrauch. Diese findet sowohl in der Schweiz als auch auf globaler Ebene viel zu langsam und nur relativ statt – absolut steigen viele Emissionen immer noch. Damit trotz wirtschaftlicher Tätigkeit und Wirtschaftswachstum die Klimaerhitzung nicht über zwei Grad steigt, muss der CO₂-Ausstoss rasch auf null heruntergefahren werden. CO₂-

¹⁷ Das Bruttoinlandprodukt BIP gibt den Gesamtwert aller Güter, d. h. Waren und Dienstleistungen, an, die während eines Jahres innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft als Endprodukte hergestellt wurden, nach Abzug aller Vorleistungen.

¹⁸ Bundesamt für Statistik 2017: Mehr Dynamik im Umweltsektor als in der Gesamtwirtschaft

Emissionen müssen bis spätestens 2045 komplett vermieden bzw. durch Kohlenstoffspeicherung oder Aufforstung kompensiert werden.

Der Zusammenhang zwischen dem klassischen Wirtschaftswachstum und der Vermehrung des Wohlstands wird immer häufiger hinterfragt. Gerade in hochentwickelten Volkswirtschaften folgt dem BIP-Wachstum nicht mehr zwingend eine Verbesserung des Wohlbefindens der Leute, ihrer Gesundheit, ihrer Freizeit oder ihres Bildungsstandes. Und es wächst das Bewusstsein, dass das Streben nach hemmungslosem wirtschaftlichem Gewinn, nach immer mehr Konsum und Besitz das Problem weiter verschärft: Es zerstört die Ökosysteme, von denen unser Überleben abhängt. In westlichen Industriestaaten ist der Ressourcenverbrauch pro Kopf in Bezug auf die natürliche Regenerationsfähigkeit der Natur um ein Mehrfaches zu hoch. Er muss dringend sinken statt wachsen.

Ebenfalls ist die unbezahlte Sorge- und Carearbeit, die meist von Frauen geleistet wird, nicht in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung miteinbezogen. Gemäss dem Bundesamt für Statistik leisteten die Frauen im Jahr 2013 62% der unbezahlten und 38% der bezahlten Arbeit, wobei das gesamtschweizerische Zeitvolumen der unbezahlten Arbeit jenes der bezahlten Arbeit übersteigt. So wurden im Jahr 2013 in der Schweiz 8,7 Milliarden Stunden unbezahlte und 7,7 Milliarden bezahlte Arbeit geleistet (d.h. 14% mehr unbezahlte als bezahlte Arbeit). Das Bundesamt für Statistik berechnet den Geldwert dieser unbezahlten Arbeit im Jahre 2013 auf 401 Milliarden Franken. Längerfristig soll diese Arbeit im BIP eingeschlossen werden.

Die Position der SP: Die SP will dazu beitragen, das Wachstumsdilemma zu durchbrechen. Dazu verfolgen wir eine Doppelstrategie. Wir fordern einerseits verbindliche Reduktionspläne für Emissionen und Ressourcenverbrauch, insbesondere die Dekarbonisierung bis 2045 (Null Öl, Gas, Kohle). Das wird erleichtert durch mehr nachhaltiges Wachstum. Die Anstrengungen zur Entkoppelung von Wirtschaftsleistung und Ressourcenverbrauch mittels Forschung und massive Investitionen in und Förderung von Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz, Reparaturwesen und erneuerbare Energien müssen intensiviert werden. Andererseits wollen wir die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum vermindern und zu einem Werte- und Politikwandel beitragen, der uns von der Fokussierung auf hohe Renditen befreit. Nur so finden wir zu einem Umgang mit unserem Planeten, in dem das gute Leben für alle Generationen wichtiger ist als der kurzfristige Profit von wenigen.

Das Abwenden der Klimakatastrophe ist die dringlichste Herausforderung unserer Zeit. Wir sind überzeugt, dass eine Demokratisierung der Gesellschaft und eine gerechtere Verteilung der Gewinne notwendig sind, um diese Korrektur in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zu erwirken. Wenn die Bevölkerung teilhat an den wirtschaftlichen Entscheidungen und ihr die Gewinne daraus zustehen, kann und wird sie die nötigen Korrekturen vornehmen. Dieses Ziel darf nicht auf übermorgen verschoben werden, sondern muss sofort durch mutige politische Korrekturen angegangen werden. Es braucht mehr soziales, ökologisches und demokratisches Unternehmertum. Es braucht Preissignale, die sicherstellen, dass alle sozialen und ökologischen Schäden durch die Verursacher bezahlt werden und es braucht staatliche Förder- und Anreizprogramme für den raschen ökologischen Umbau unserer Wirtschaft.

Das Naturkapital (Verbrauch an Kohlenstoff und anderen natürlichen Ressourcen) soll künftig in der volkswirtschaftlichen Buchhaltung abgebildet werden. Das BIP als alleinige Messgrösse für Wirtschaftswachstum soll durch differenziertere Indikatoren ergänzt werden, welche dem Gewinn an Wohlstand und Lebensqualität der Bevölkerung besser Rechnung tragen.

Ebenfalls soll gezielt in den Care-Sektor investiert werden. Dieser fördert die Erwerbsintegration von Frauen und ist eine zielführende wirtschaftspolitische Massnahme. In diesem Sektor können interessante Arbeitsplätze geschaffen werden, welche zudem die richtige Antwort auf die demographischen Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft mit erhöhtem Pflegebedarf sind.

2.3 Globale Entwicklungen

Die Weltwirtschaft steht noch immer im Zeichen der Finanzkrise. Das Wirtschaftswachstum verharrt auf tiefem Niveau. Die Zinsen sind seit Jahren auf einem Rekordtief. Bereits gibt es Anzeichen für mögliche neue Krisen auf den Finanzmärkten. Ökonomische Theorien, die jahrzehntelang die Lehrbücher dominierten, haben versagt. Das verunsichert nicht nur Ökonom_innen, sondern auch Wähler_innen in vielen Ländern. Wahlergebnisse und Abstimmungsentscheide, die man vor zehn Jahren kaum für möglich gehalten hätte, sind Realität geworden – beispielweise die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten oder der Brexit-Entscheid in Grossbritannien.

Zur wirtschaftlichen und politischen Krise haben verschiedene Faktoren beigetragen. Dazu gehören die Deregulierung der Finanzmärkte in den 1980er und 1990er Jahren sowie die starke Abhängigkeit von fossilen Energiequellen. Zentral ist die Konzentration von Vermögen, Reichtum und Boden in der Hand weniger auf Kosten der grossen Mehrheit.

Eine Wirtschaft kann auf Dauer nur gedeihen, wenn alle von den gemeinsam erarbeiteten Werten profitieren. Genau das ist in vielen Volkswirtschaften rund um die Welt immer weniger der Fall. Dies gilt speziell für die entwickelten Volkswirtschaften des Westens. Auch in schnell wachsenden Schwellenländern nimmt die Ungleichheit zu. Gleichzeitig gibt es weiterhin Weltregionen, die wirtschaftlich stagnieren.

Zu beobachten sind neue Formen der wirtschaftlichen Ausbeutung der Länder des Südens. Weltkonzerne sowie privat oder auch staatlich kontrollierte Fonds aus dem Westen und zunehmend auch aus Asien verschaffen sich mit Milliardeninvestitionen Zugriff auf Bodenschätze, Absatzmärkte oder gar ganze Landstriche. Diese Unternehmungen wirtschaften meist komplett an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung vorbei. Man spricht in diesem Zusammenhang zu Recht von Neokolonialismus. Dieser kann sich in den ausgebeuteten Ländern oft auf korrupte Eliten abstützen.

2.3.1 Folgeschwere Finanzkrise

2007/2008 erlebte die Weltwirtschaft eine der grössten Verwerfungen ihrer Geschichte. Verantwortlich dafür war zum einen die steigende Ungleichheit. Anstatt die Einkommen der Erwerbstätigen zu verbessern, wurde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage über Jahre mit steigender Verschuldung der privaten Haushalte und teilweise der Staaten hochgehalten, insbesondere in den USA. Dazu kam die Deregulierung der Banken und Finanzmärkte. Dadurch konnte sich auf dem US-Hypothekenmarkt eine gigantische Blase bilden. Als 2006 zum ersten Mal seit Jahrzehnten die amerikanischen Häuserpreise landesweit zu fallen begannen, weil der Markt übersättigt und zu viel Geld in unsichere Hypotheken («Subprime-Kredite») geflossen war, begannen die Banken, eine wachsende Zahl von Häusern zu beschlagnahmen. Dieses Vorgehen löste eine Verkaufswelle und damit eine Kettenreaktion aus. Weiter fallende Häuserpreise führten zu zusätzlichen Ausfällen bei Subprime-Krediten, was wiederum zu weiteren Beschlagnahmen führte. Die darauf basierenden gebündelten Wertpapiere – die berühmten Collateralized Debt Obligations (CDO), welche Tausende von einzelnen Hypothekarkrediten enthielten – stürzten ab. Der US-Immobilienmarkt brach zusammen. Finanzdienstleister auf der ganzen Welt, die diese vermeintlich hochrentablen Wertpapiere in ihren Büchern hatten, waren so stark voneinander abhängig und hatten selbst so wenig Eigenkapital, dass das Platzen der amerikanischen Immobilienblase eine globale Lawine auslöste.

Die Banken trauten sich nicht mehr über den Weg und gaben sich gegenseitig keine Kredite mehr. Auf der ganzen Welt wurden voneinander abhängige Banken zahlungsunfähig. Um den Zugang zu Krediten zu sichern und den Zahlungsverkehr aufrechtzuerhalten, mussten an vielen Orten die Regierungen einspringen. Dabei bezahlten sie mit Steuergeldern die Schulden der Banken. Das heisst, sie gewährten Notkredite oder frisches Eigenkapital. Aufgrund der Bankenrettungen und dem Wirtschaftseinbruch stieg die Verschuldung vieler Staaten stark an. Viele Länder wurden in der Folge gezwungen, ihre Ausgaben zu senken. Sie kürzten Löhne, Renten und öffentliche Leistungen, was die betroffenen Bevölkerungen gleich doppelt bestrafte. Diese Kürzungspolitik («Austerität») schwächte die dringend benötigte Nachfrage und verschlimmerte die Krise, anstatt sie zu lindern. Europas Wirtschaftswachstum brach ein, die Eurozone drohte auseinanderzufallen. In der Folge stieg die Nachfrage nach Schweizer Franken, was wiederum die Schweizer Exportwirtschaft vor Probleme stellte.

Vielerorts zahlte die Bevölkerung einen hohen Preis. Millionen Menschen verloren ihr Eigentum, mussten Einkommensverluste hinnehmen oder wurden in die Arbeitslosigkeit getrieben. Seither sind die unteren und mittleren Einkommen kaum mehr gewachsen, die öffentlichen Leistungen haben sich verschlechtert. Die Banken und die Reichsten wiederum profitieren bereits wieder von steigenden Kursen. Die Börsen schreiben Rekordwerte, weil das in wenigen Händen reichlich vorhandene Kapital nach Anlagemöglichkeiten verlangt und die Zinsen auf tiefem Niveau verharren.

Die Finanzmärkte haben eine beunruhigende Grösse und Komplexität erreicht. Dies erlaubt es ihnen, ihre Macht immer mehr auszubauen. Im letzten Vierteljahrhundert wurde das Kapital gegenüber der Arbeit, die Finanzwirtschaft gegenüber der Realwirtschaft bevorzugt.

Diese Zeitspanne ist von einer Finanzialisierung der Wirtschaft («financialization of economy») geprägt. Der gesamte Zahlungsverkehr in unserem Land betrug im Jahre 2013 200'000 Milliarden Franken, was dem Dreihundertfachen des schweizerischen Bruttoinlandsprodukts entspricht. Die Finanzwirtschaft ist in eine Dimension vorgestossen, die mit der real produzierenden Wirtschaft nicht mehr deckungsgleich ist.

Dies führt dazu, dass eine kleine Minderheit ihre Interessen der gesamten Gesellschaft aufzwingen kann. Massnahmen, um den Finanzsektor wieder in den Dienst der produzierenden Wirtschaft und diese wiederum in den Dienst der demokratischen Gesellschaftsordnung zu stellen, werden kaum oder gar nicht umgesetzt. Obwohl die Banken heute besser kapitalisiert und damit stabiler sind als zur Zeit der Finanzkrise, ist das Finanzsystem als Ganzes heute aufgrund der grossen Bedeutung der Schattenbanken (Geldmarkt-, Anlage- und Hedgefonds usw.) immer noch stark risikobehaftet und nicht krisenfest.

Zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise ist die Welt höher verschuldet als je zuvor, eine versteckte Zeitbombe. Die globalen Schulden entsprechen 225 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Zahlreiche Entwicklungsländer stehen vor dem Bankrott. Aber auch bei vielen Industriestaaten haben die Schulden alarmierende Höhen erreicht. Davon ist nicht nur die öffentliche Hand betroffen, vielmehr sind auch die Schulden der privaten Haushalte wie jene der Unternehmen stark angestiegen. In der Schweiz betragen die Schulden der privaten Haushalte 120 Prozent des BIP.

2.3.2 Anhaltend tiefe Zinsen

Die Notenbanken vieler Länder reagierten rasch auf die Finanzkrise. Sie senkten die Zinsen stark und brachten enorm viel neues Geld in Umlauf. Damit wollten sie erwirken, dass die Privatwirtschaft dank billigem Geld neue Investitionen, neue Produkte und Dienstleistungen hervorbringen und so neue Jobs schaffen kann. Der Erfolg dieser Politik blieb weit unter den Erwartungen. Sie konnte zwar eine noch grössere Krise verhindern. Es zeigte sich aber deutlicher denn je, dass Regierungen und Notenbanken die Wirtschaft nicht ankurbeln können, solange die öffentliche Hand keine zusätzlichen Ausgaben tätigt und die Einkommen der Konsument_innen stagnieren. Verschiedene Länder bestätigten so das Konzept der Liquiditätsfalle und den viel zitierten Satz des Ökonomen John Maynard Keynes: «Man kann die Pferde zwar zur Tränke führen. Man kann sie aber nicht zwingen, das Wasser auch zu saufen.» Er beschreibt das Dilemma der Notenbanken: Sie können zwar Geld bereitstellen, den Kreditprozess selbst aber nicht direkt beeinflussen. Das viele Geld landete zum grossen Teil bei Banken, Konzernen und Anlegern und trug dort zur Aufblähung der Aktienkurse bei. Noch nie waren die Zinsen weltweit so lange so tief wie in den letzten zehn Jahren. Sollten die Notenbanken die Zinsen erhöhen, besteht die Gefahr, dass sie die hoch verschuldeten Staaten und Haushalte und damit die Nachfrage nochmals schwächen. Zinsen, die fast bei null oder darunter liegen (Negativzinsen), sind eine Gefahr, weil sie Fehlallokationen (beispielsweise eine erneute Immobilienblase) bewirken können. Der übermässige Kreditzugang legt damit den Keim für die nächste Krise. Sollte sich eine weitere Finanzkrise ereignen, können die Notenbanken zudem nicht mehr mit weiteren Zinssenkungen reagieren. Die reine Ausweitung der Geldmenge, die in einer Krise zwar durchaus angebracht sein kann, genügt als alleinige Massnahme nicht, wenn das Geld nicht in der Realwirtschaft ankommt,

sondern an den Börsen verjubelt wird. Ohne Regulierung der Finanzmärkte und die Entschärfung der Verteilungsfrage ist die Krise nicht zu überwinden.

2.3.3 Gebremstes Wirtschaftswachstum

Gegenüber dem Vorkrisenniveau ist die Weltwirtschaft trotz Finanzkrise zwar gewachsen, namentlich in Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien. Seit der Finanzkrise liegt das Wachstum des Bruttoinlandproduktes aber weit hinter dem Durchschnitt der Jahre zwischen 1980 und 2008 zurück¹⁹. In den USA und in der Eurozone ist es markant gesunken. In vielen hoch entwickelten Ländern liegt es seit Jahren zwischen einem und zwei Prozent. Besonders besorgniserregend: Private und öffentliche Investitionen sind gerade in den reichen Ländern rückläufig. Das schwächt das Potenzial der Wirtschaft längerfristig und erschwert den Ausweg aus der «anhaltenden Stagnation»²⁰ weiter.

Das Wachstum des Welthandels hat sich noch deutlicher verlangsamt. In den Jahren vor und kurz nach der Jahrtausendwende (1988 bis 2007) lagen die jährlichen Wachstumsraten des Handelsvolumens bei rund 7 Prozent. Seither wächst es noch um rund 3 Prozent. Seit 2014 stagnieren die gehandelten Mengen. Die Welthandelsorganisation WTO konnte sich zwar auf keine weiteren Handelsliberalisierungen mehr einigen, der zwischenstaatliche Handel wurde aber über bilaterale Verträge weiter geöffnet. Zwischen den Jahren 2010 und 2016 wurden weltweit deutlich weniger neue Freihandelsabkommen unterzeichnet als zwischen 2000 und 2010²¹.

2.3.4 Konzentration von Einkommen und Vermögen

Die Digitalisierung begünstigte den kometenhaften Aufstieg grosser IT-Firmen wie Apple, Alphabet (Google), Amazon oder Facebook zu globalen Playern. Nicht zuletzt dieser Aufstieg beschleunigte eine weitere bedeutende Entwicklung: die Vermögenskonzentration. Die Reichtümer der Welt sind seit 2007 um einen Viertel gewachsen²². Davon profitiert vor allem das reichste Prozent der Weltbevölkerung, das heute über die Hälfte der Vermögen aller Haushalte besitzt. Oxfam spricht sogar davon, dass acht Männer heute mehr besitzen als die ärmere Hälfte der Menschheit²³. Auch die Schere bei den Einkommen ist vielerorts stark aufgegangen. In vielen reichen Ländern haben die Normalverdienenden durch die Schwächung der Gewerkschaften, Privatisierungen, Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte sowie die Auswirkungen neuer Technologien Verhandlungsmacht eingebüsst. Die soziale Ungleichheit zwischen Spitzenverdienern und Einkommensschwachen ist grösser geworden. Zu diesem Schluss kommt eine Forschergruppe um den französischen Ökonomen Thomas Piketty. Demnach habe sich das Einkommen des reichsten Prozentes der Weltbevölkerung seit 1980 mehr als verdoppelt. Die Mittelklasse hingegen habe kaum profitiert. Hauptursache für das ökonomische Ungleichgewicht, so Piketty, sei die ungleiche

¹⁹ Weltbank (Januar 2015): Global Economic Prospects.

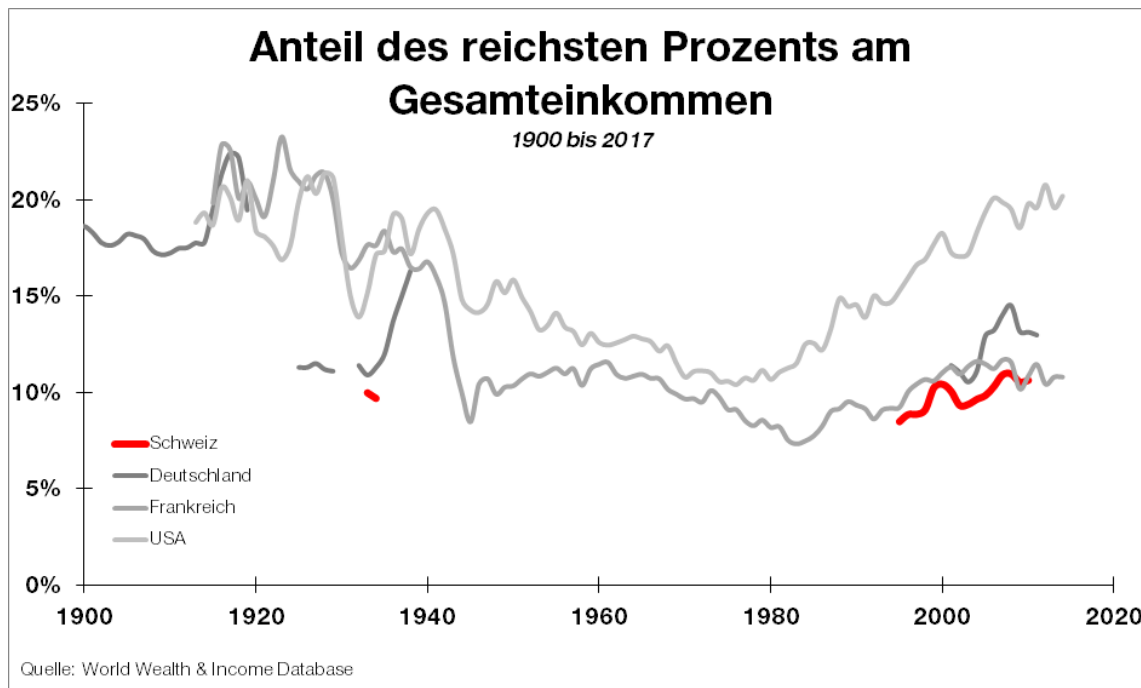
²⁰ <http://larrysummers.com/2016/02/17/the-age-of-secular-stagnation/>.

²¹ IWF World Economic Outlook Database. Gross domestic product: constant prices, percent change (market exchange rates). Trade volume of goods and services: percent change. (eingesehen am 3. März 2016).

²² Global Wealth Report 2017.

²³ Oxfam Briefing Paper: «An Economy for the 99%», Hardoon et al., Januar 2017.

Verteilung von Kapital in öffentlicher und privater Hand. So seien seit 1980 in fast allen Ländern grosse Mengen öffentlichen Vermögens privatisiert worden. Dadurch verringerte sich der Spielraum der Regierungen, der wachsenden Ungleichheit entgegenzuwirken.²⁴ Die Regierungen investieren immer weniger Geld in öffentliche Güter wie Verkehrsinfrastrukturen oder Bildungsinstitutionen.²⁵



Die Ungleichheit ist heute so gross, dass selbst das WEF davor warnt, dass eine Weltwirtschaft, in der die Mehrheit der Bevölkerung am wirtschaftlichen Fortschritt kaum teilhat, nicht funktionieren kann²⁶. Die Konzentration nimmt auch bei den Unternehmen zu. Eine ETH-Studie kommt gar zum Schluss, dass knapp 150 Unternehmen den Grossteil der gesamten Weltwirtschaft kontrollieren²⁷. Die meisten dieser Unternehmen sind im Finanzsektor tätig. Diese starke Machtballung steht im Widerspruch zu einem demokratischen Staatsverständnis und gefährdet, so Studienautor Glattfelder, die Stabilität des Gesamtsystems²⁸.

Die geschilderte Vermögens- und Machtkonzentration wird durch Steuerflucht begünstigt. Mittels komplizierter Konstrukte entziehen wohlhabende Privatpersonen und multinationale Konzerne ihre Milliarden Gewinne weltweit der Besteuerung²⁹. Mit dem OECD-Projekt zur Bekämpfung des «Base Erosion and Profit Shifting» (BEPS) haben sich die reichen Länder nun aufgemacht, weltweit gegen Gewinnverschiebungen und Gewinnverkürzungen vorzugehen. Damit Private ihre Steuern weniger einfach hinterziehen können, wurde der Automatische Informationsaustausch (AIA) lanciert, über den Banken die Vermögen und Erträge ihrer

²⁴ <http://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-full-report-english.pdf>.

²⁵ Paul De Grauwe (2017): The Limits of the Market.

²⁶ World Economic Forum. (2012). Global Risk Report 2012.

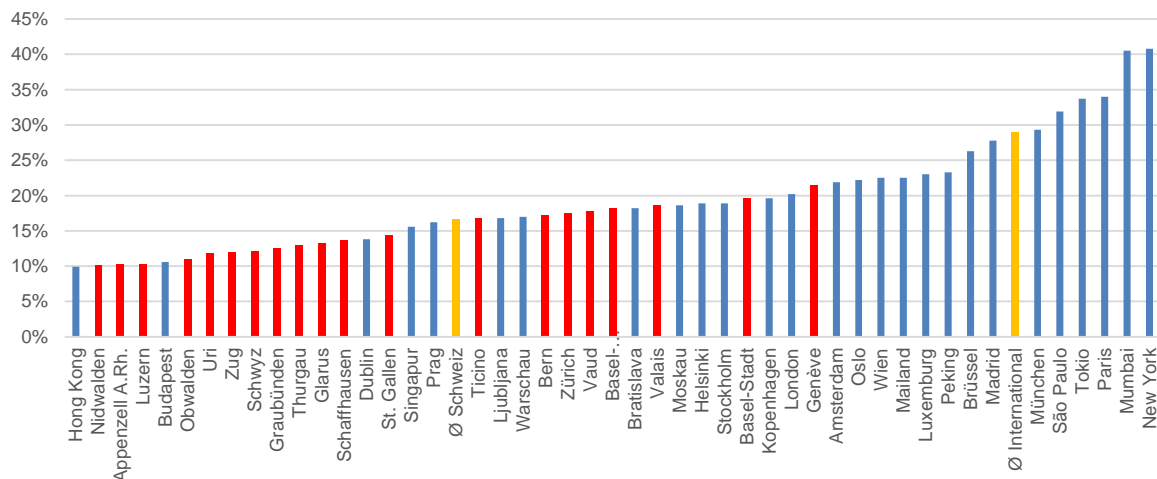
²⁷ Vitali et al.: The network of global corporate control, 2011.

²⁸ <https://www.forschung-und-wissen.de/nachrichten/oekonomie/147-konzerne-kontrollieren-die-gesamte-weltwirtschaft-13371950>.

²⁹ Die sogenannten Panama Papers und die Paradise Papers brachten diese Machenschaften eindrücklich ans Licht.

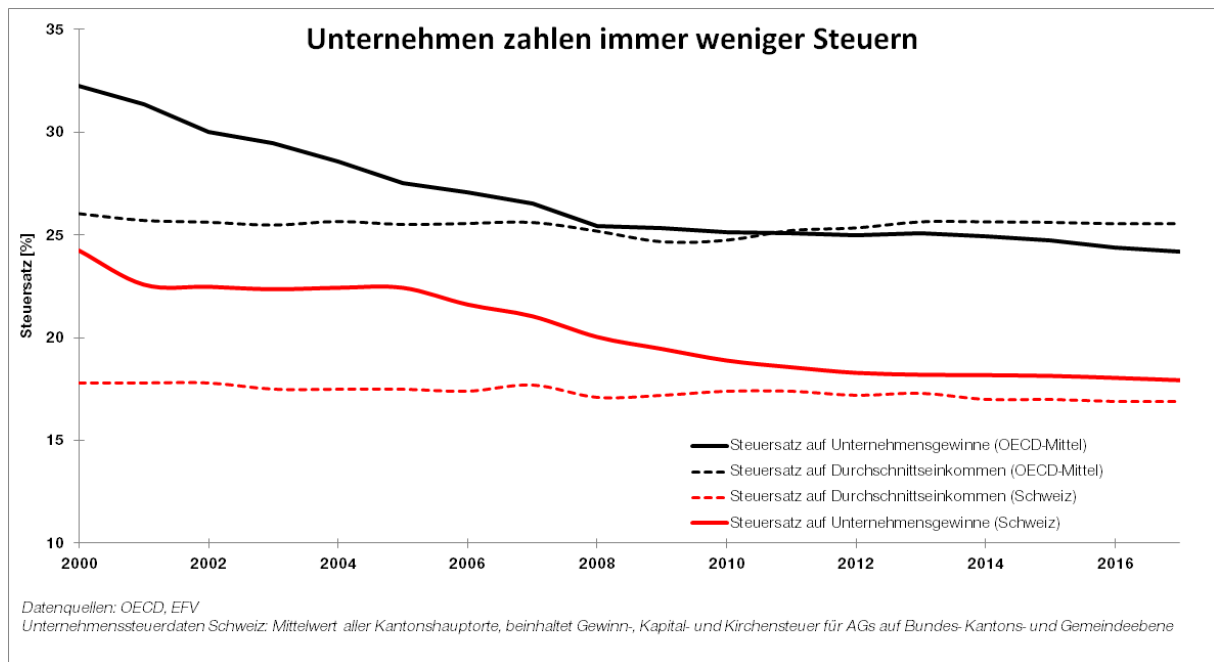
ausländischen Kunden an die Regierungen der betreffenden Staaten melden müssen. Die Schweiz hat den AIA mit rund 80 Ländern eingeführt, unterstützt aber weiterhin Steuerhinterziehende in den übrigen Staaten und setzt den Informationsaustausch auch im Inland nicht um. Es bleibt somit viel zu tun, um auf globaler Ebene alle Steuerschlupflöcher zu stoppen und die faire Besteuerung der Unternehmen – und damit ihre gesellschaftliche Verantwortung – durchzusetzen.

Effektive Durchschnittssteuerbelastung (EATR) 2017 in den Kantonshauptorten im int. Vergleich (in Prozent des Gewinns)



Quelle: Schweizerischer Gewerkschaftsbund mit Daten vom ZEW/BAK Basel

Bei den Unternehmenssteuern zeigt sich seit den 1990er Jahren weltweit ein fataler Trend nach unten. Auch die Schweiz hat sich an vorderster Front an diesem aggressiven und schädlichen Steuerwettbewerb und am Steuerdumping beteiligt. Die Schweiz hat im internationalen Vergleich ausgesprochen tiefe Unternehmenssteuern. Dies gilt selbst nach den neuesten Steuersenkungen in den USA. In keinem anderen Land finden die Firmen so hervorragend ausgebildete Arbeitskräfte und eine solch ausgezeichnete Infrastruktur zu einem so tiefen Preis. Selbst nach der Finanzkrise von 2008, die vielen Staaten zur Rettung der Banken und zur Ankurbelung der Konjunktur enorme Lasten auferlegt hat, haben internationale Firmen immer weniger Steuern bezahlt. Im Jahrzehnt nach der Finanzkrise sank die Steuerquote für die grossen internationalen Konzerne weltweit um rund 9 Prozent. Betrachtet man die längere Frist ab 2000, so ergibt sich sogar eine Senkung der Unternehmenssteuern um einen Drittel von durchschnittlich 34 auf etwa 24 Prozent. Damit verschiebt sich die Steuerlast auf den Mittelstand.



2.3.5 Klimaerwärmung und Kohlenstoffblase

In den letzten Jahren gewann die Klimafrage stark an Bedeutung. Es ist heute unbestritten, dass die Klimaerwärmung eine der grössten unmittelbaren Bedrohungen für die Menschheit darstellt³⁰. Das haben die Regierungen von 195 Staaten unterstrichen, als sie sich 2015 mit der Unterzeichnung des Klimaabkommens von Paris verpflichtet haben, ihre Länder bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Zunahme an Extremereignissen wie Stürmen, Überschwemmungen und Trockenzeiten treibt die Infrastrukturkosten zunehmend in die Höhe. Der Ausstoss an Klimagasen liegt weiterhin auf einem viel zu hohen Niveau und ist 2017 sogar wieder angestiegen. Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass immer noch grosse Teile der Finanzströme ungehindert in die mächtigen Energiekonzernen fliessen, die nach wie vor massiv auf Erdöl, Erdgas und Kohle setzen. Durch die Überbewertung der immer schwieriger zu fördernden fossilen Reserven entsteht eine neue Wirtschaftsblase, die Kohlenstoffblase. Das Ende des fossilen Zeitalters ist unausweichlich: Selbst die konservative internationale Energieagentur (IEA) wies bereits 2012 darauf hin, dass nur ein Drittel der schon heute bekannten Reserven überhaupt verbrannt werden darf, wenn das Zwei-Grad-Klimaziel erreicht und eine unkontrollierbare Klimaveränderung abgewendet werden soll³¹.

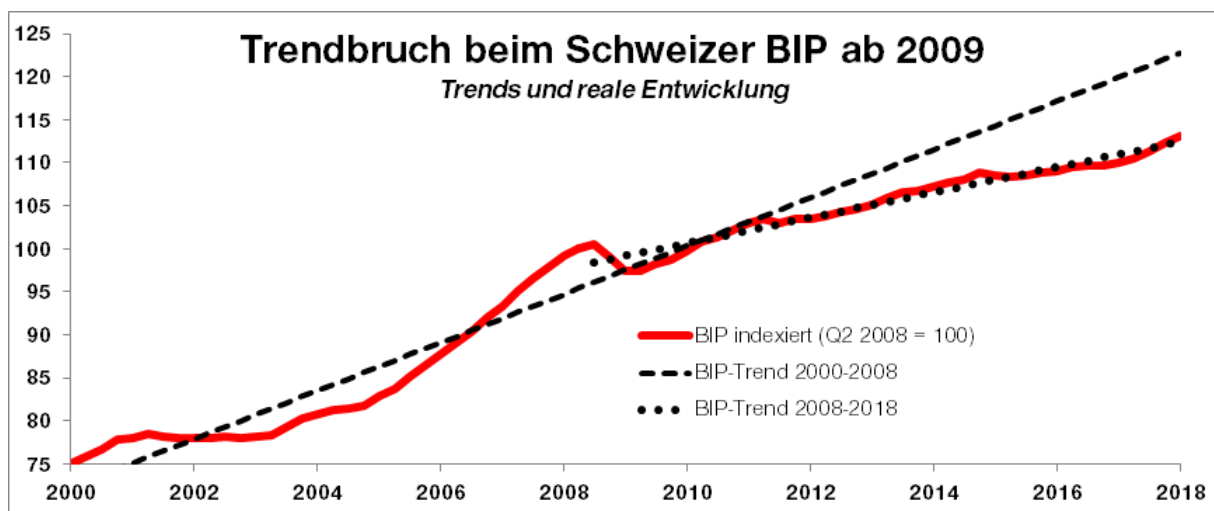
2.4 Entwicklungen in der Schweiz

Die Finanzkrise erfasste auch die Schweiz, hatte hierzulande aber einige besondere Auswirkungen. Weil die Wirtschaftsentwicklung in mehreren europäischen Ländern negativ verlief, wollten viele Investoren ihre Gelder nicht mehr in Euro anlegen. Sie kauften Schweizer Franken. Die Nationalbank musste 2011 eine Untergrenze zum Euro einführen, um eine zu starke Aufwertung des Frankens und damit einen Einbruch der Exportwirtschaft zu verhindern.

³⁰ World Economic Forum (2016). Global Risk Report 2016.

³¹ <https://www.iea.org/publications/freepublications/publication/English.pdf>.

Diese Politik geriet international in die Kritik. Anfang 2015 beschloss das Direktorium der Nationalbank deshalb, diese Politik nicht mehr weiterzuführen, obwohl der Aufwertungsdruck auf den Franken anhielt. Die Nationalbank gab die Wechselkurs-Untergrenze zum Euro auf, führte nun aber Negativzinsen ein, um die Attraktivität des Franken für ausländische Anleger zu verringern. Negative Zinsen führen bei Obligationen und Anleihen zu sinkenden Erträgen, zum Beispiel bei den Pensionskassen. Bereits im ersten Jahr nach der Finanzkrise hatte die Schweiz eine kurze Rezession erlebt, sich aber rasch erholt. Die Aufhebung der Kursuntergrenze zum Euro führte nun zu einem zweiten Schock für die Schweizer Wirtschaft. Insbesondere die exportorientierten Firmen bauten mindestens 30'000 Arbeitsplätze ab, verlängerten die Arbeitszeiten ihrer Mitarbeitenden oder senkten die Löhne. Kleine und mittelgrosse Firmen schoben Investitionsprojekte auf die lange Bank, zum Nachteil ihrer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit. Grosse und international tätige Industrieunternehmen verlagerten ihre Investitionstätigkeiten vermehrt ins Ausland³². Die Schweiz überstand die Finanzkrise am Ende zwar glimpflicher als die meisten anderen Länder, dennoch waren auch hier die Folgen bemerkenswert. Die Schweizer Wirtschaft ist noch lange nicht auf den Wachstumspfad von vor 2008 zurückgekehrt. Es ist ein klarer Trendbruch zu erkennen, wenn man den Vergleich zum BIP-Trend vor 2008 zieht.



2.4.1 Wenig Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit lag Anfang 2018 in der Schweiz mit rund 3 Prozent gleich hoch wie 2006, nachdem sie als Folge der Finanzkrise zwischenzeitlich auf 3.7 Prozent angestiegen war.

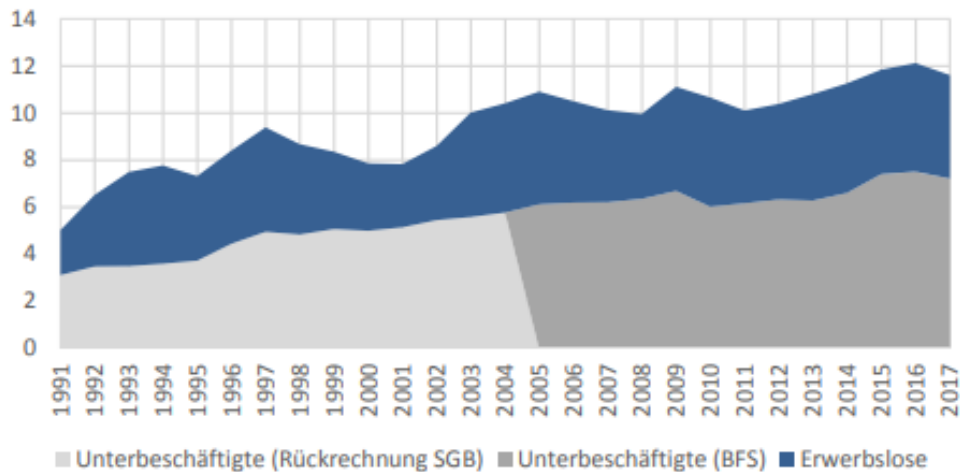
Die Zahl der Ausgesteuerten hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Zählt man diese zu den als arbeitslos Gemeldeten, beträgt die Erwerbslosigkeit heute etwas mehr als 5 Prozent. Vor allem Menschen über 50 haben es heute sichtlich schwerer, nach einer Entlassung einen neuen Job zu finden. Damit bleibt die Erwerbslosigkeit trotz geringer Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau stabil. Eine besonders ausgeprägte Zunahme ist bei der

³² <http://dievolkswirtschaft.ch/de/schwerpunkte/schweizer-volkswirtschaft-und-der-harte-franken-11-2017/>.

Quote der Unterbeschäftigten zu erkennen. Diese umfasst Personen, die Teilzeit arbeiten, aber ein grösseres Pensum suchen.

Erwerbslosen- und Unterbeschäftigtenquote

(kumuliert, in Prozent)

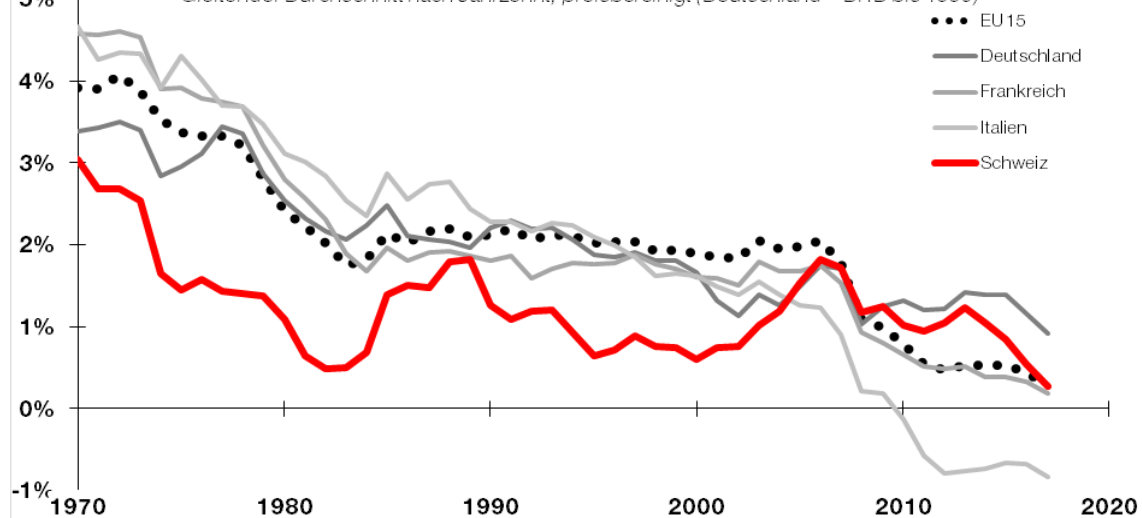


Quelle: BFS, Schätzungen und Berechnungen SGB

In allen entwickelten Volkswirtschaften lässt sich schon seit Jahrzehnten eine Verlagerung der Beschäftigtenanteile vom Sekundär- zum Tertiärsektor beobachten. Der Anteil der Beschäftigten in der Industrie ist denn auch in der Schweiz zwischen dem 1. Quartal 2008 und dem 1. Quartal 2018 um über acht Prozent gesunken, gewachsen ist hingegen der Dienstleistungssektor. Das Wirtschaftswachstum wird von wenigen Branchen angetrieben. Ohne den Gesundheitsbereich und die Pharmaindustrie würde das Bruttoinlandprodukt (BIP) nicht wachsen, ohne Zuwanderung auch nicht. Pro Kopf der Bevölkerung wächst das BIP seit Jahren immer langsamer.

Wachstumsraten BIP pro Kopf (real)

Gleitender Durchschnitt nach Jahrzehnt, preisbereinigt (Deutschland = BRD bis 1990)



Quelle: Macro-economic database AMECO (EU-Kommission)

Die Schweiz hat im internationalen Vergleich immer noch lange Arbeitszeiten, eine hohe Produktivität und tiefe Arbeitslosigkeit. Die durchschnittlichen Arbeitszeiten, die bis in die 1990er Jahre stetig gesunken waren, sind in den letzten 20 Jahren wieder gestiegen. Sie sind mit rund 42 Stunden pro Woche höher als überall sonst in Europa. Im Durchschnitt arbeiten die Vollzeitwerbstätigen in der Schweiz heute fast eine halbe Woche (19,5 Stunden) pro Jahr mehr als im Jahr 2013.

Veränderung der Jahresarbeitszeit der Vollzeitangestellten 2013 bis 2016

(in Stunden)

Branche	Veränderung Jahresarbeitszeit 2013-2016
Verarbeitendes Gewerbe/Energieversorgung	18.0
Baugewerbe	-7.1
Handel, Reparaturgewerbe	23.2
Verkehr und Lagerei	32.6
Gastgewerbe	21.8
Information und Kommunikation	27.8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	28.6
Immobilien, sonst. wirtschaftliche DL	24.9
Freiberufliche, wiss. und techn. DL	26.6
Öff. Verwaltung	3.9
Gesundheits- u. Sozialwesen	16.7
Kunst, Unterhalt., priv. HH, sonst. DL	34.9
Alle Branchen	19.5

Quelle: BFS, Berechnungen SGB

Während über 100 Jahren wurden Produktivitätsfortschritte nicht nur über den Lohn, sondern auch in Form von Arbeitszeitverkürzungen an die Angestellten weitergegeben. Das ist seit den 1990er Jahren nicht mehr der Fall. Zu beobachten ist auch ein Anstieg der Temporärarbeit. 2018 dürften rund 2,3 Prozent des Arbeitsvolumens durch Temporärangestellte geleistet werden. Das ist fast viermal mehr als Mitte der 1990er Jahre. Rund zwei Drittel der Betroffenen arbeiten unfreiwillig temporär und suchen eigentlich eine Dauerstelle.³³

Ebenfalls gewachsen ist der Stress am Arbeitsplatz. 1,5 Millionen Arbeitende leiden unter Stress. 43 Prozent der Befragten klagen laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) über belastende Arbeitszeiten als Stressursache.³⁴ Im Jahr 2000 waren es noch unter 20 Prozent. Burnout und andere stressbedingte Krankheiten nehmen signifikant zu. Gestresste Angestellte werden auch zu gestressten Kund_innen. Die Klagen der Arbeitenden über belastende Kundenkontakte nehmen messbar zu. Die Wissenschaft stellt zudem fest, dass auch der private Stress zunimmt, unter anderem deshalb, weil die Pendlerzeiten länger werden und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schwierig bleibt.

³³ Jahresmedienkonferenz des SGB vom 4. Januar 2018. http://www.sgb.ch/fileadmin/user_upload/180104_DL_Aufschwung.pdf.

³⁴ 27.09.2016: Der Stress bei der Arbeit nimmt zu (Tages-Anzeiger). Link zur Primärquelle: <https://files.news-netz.ch/upload//9/5/95354.pdf>.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist zwar leicht gestiegen. Sie werden in der Arbeitswelt aber nach wie vor diskriminiert. Sie werden im Schnitt schlechter bezahlt, arbeiten in Teilzeitpensen, haben es schwieriger, beruflich Karriere zu machen und leisten neben der bezahlten Arbeit den viel grösseren Teil der unbezahlten Carearbeit. Obwohl die Fakten längst auf dem Tisch liegen, sind die Gleichstellungsfortschritte gering.

2.4.2 Die Schere öffnet sich

Auch in der Schweiz ging die Lohn- und Vermögensschere auf, wenn auch nicht so stark wie in vielen anderen Ländern. Wobei auch in der Schweiz die Vermögen viel stärker konzentriert sind als die Einkommen. Die Löhne der CEOs wuchsen etwa zehnmal schneller als die Durchschnittslöhne³⁵. Mehr Lohn erhielten in den letzten zehn Jahren vor allem die Spitzenverdienenden. Gesamtarbeitsverträge, flankierende Massnahmen und gute Ausbildung konnten zwar ein Absinken der tiefen und mittleren Löhne verhindern, doch stagnierte die Kaufkraft bei den meisten oder ging sogar zurück, weil die Lohngewinne durch gestiegene Ausgaben aufgeessen wurden.³⁶ Gerade die Krankenkassenprämien und die Mietpreise wachsen weit schneller als die Löhne.

Das unsoziale Prinzip der Kopfprämien bei den Krankenkassen führt für die unteren und mittleren Einkommen zu einer immer grösseren Belastung. Die Prämien verschlingen inzwischen bis zu 20% des Haushaltseinkommens. Das Wachstum der Krankenkassenprämien hat zwar auch strukturelle Gründe, da die Bevölkerung immer älter und die Behandlungsmethoden immer aufwändiger werden. Es existiert aber ein ganz klarer Zusammenhang zwischen den Privatisierungsbestrebungen im Gesundheitsbereich und dem Anstieg der Prämien. Die letzten Reformen des Krankenversicherungsgesetzes haben die wettbewerblichen Komponenten gestärkt, so dass Goldgräberstimmung herrscht: Wer mehr Leistungen erbringen kann – unabhängig davon, ob sie medizinisch sinnvoll sind oder nicht – erhält mehr vom Kuchen. Die Krankenkassenprämien müssen im Warenkorb des Landesindex' der Teuerung besser einbezogen werden, da diese zu einer immer grösseren Belastung der Bevölkerung werden.

Über zu hohe Mieten werden rund 15 Milliarden jährlich von den Mietenden zu Haus- und Grundeigentümern umverteilt³⁷. Dieses Geld fehlt den Haushalten und schwächt den Binnenkonsum, der etwa 60 Prozent unseres Bruttoinlandproduktes ausmacht. Die Zahl der Working Poor ist weiter gewachsen: Über 145'000 Erwerbstätige können inzwischen nicht mehr von ihrem Lohn leben und sind deshalb abhängig von Sozialleistungen. Besonders

³⁵ Unia: Lohnschere-Studie 2017.

³⁶ SGB-Verteilungsbericht 2016, http://www.sgb.ch/fileadmin/user_upload/117df_DL-KS_Verteilungsbericht_2016-internet.pdf.

³⁷ Die Raiffeisenbank hat errechnet, dass die Bestandsmieten aufgrund der gesunkenen Referenzzinssätze seit Beginn der 1990er Jahre um 40 Prozent tiefer sein müssten, als sie effektiv sind. Quelle: <https://www.raiffeisen.ch/content/dam/www/rch/pdf/publikationen/wohnimmobilien-schweiz/de/2017/Wohnimmobilien-Schweiz-1Q17.pdf>.

betroffen sind alleinerziehende Frauen.³⁸ Rund eine halbe Million Menschen leben nur von der AHV, die nicht für ein würdiges Leben reicht³⁹.

Schliesslich sind auch zwischen den verschiedenen Regionen der Schweiz grosse Unterschiede in der Wirtschaftskraft auszumachen, teilweise auch als Folge des Steuerwettbewerbs und der Abbaupolitik in mehreren Kantonen. Das Wachstum der Wirtschaft und Beschäftigung findet vor allem in den grossen Städten und Ballungsräumen sowie in den Tiefsteuerkantonen statt, während ländliche und weniger stark angebundene Regionen das Nachsehen haben.

2.4.3 Migration gehört zur Schweiz

In den letzten zehn Jahren wanderten jährlich zwischen 50'000 und 100'000 mehr Arbeitskräfte ein als aus. Das war ein wichtiger Wachstumsfaktor⁴⁰. Er hat der Schweiz nötige Fachkräfte gebracht. Gleichzeitig haben die flankierenden Massnahmen ein grossflächiges Sinken der Löhne verhindern können. In einigen Branchen wie dem Baugewerbe, aber auch im Detailhandel und der Industrie gibt es jedoch grobe Fälle von Lohndumping. Dies gilt auch für Grenzregionen wie den Jurabogen und oder die italienische Schweiz. Obwohl die Schweiz schon aus rein demographischen Gründen Zuwanderung braucht, ist es der fremdenfeindlichen Rechten gelungen, Ängste in der Bevölkerung zu schüren: Eine knappe Mehrheit der Stimmbevölkerung hat am 9. Februar 2014 die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» angenommen und damit dem Ziel zugestimmt, die Zuwanderung zu begrenzen. Mit einer Meldepflicht für freie Stellen an das RAV in Branchen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit wurde eine Umsetzung im Sinne der Lohnabhängigen gefunden, die gleichzeitig die Personenfreizügigkeit sowie die für die Schweiz existenziellen Beziehungen zur EU nicht gefährdet. Rund fünf Prozent der Zuwanderung machen Asylsuchende aus, weitere 30 Prozent der Familiennachzug (je zur Hälfte aus EU/EFTA-Staaten und aus Drittstaaten). Zwar haben die kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit wieder zugenommen. Nur ein sehr kleiner Teil dieser Flüchtlinge gelangt aber nach Europa. In die Schweiz kommen aktuell vor allem Asylsuchende aus Eritrea, Syrien und Afghanistan⁴¹. Bisher wurde viel zu wenig unternommen, um Flüchtlinge in die Arbeitswelt zu integrieren. Vielen wurde der Zugang zu einem regulären Arbeitsverhältnis gar gesetzlich oder durch die Nichtanerkennung von Diplomen verwehrt oder zumindest stark erschwert.

2.4.4 Ungleich verteilte Carearbeit

Erst seit 1997 wird in der Schweiz die unbezahlte Arbeit überhaupt statistisch erfasst. Sie erreichte 2016 gemäss konservativen Schätzungen eine Wertschöpfung von umgerechnet

³⁸ Bundesamt für Statistik, Mai 2017.

³⁹ Quelle: Pro senectute, auf Basis von Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE, Bundesamt für Statistik.

⁴⁰ <https://www.degruyter.com/view/j/roe.2016.67.issue-1/roe-2015-1005/roe-2015-1005.xml>.

⁴¹ Staatssekretariat für Migration, Statistik Zuwanderung 2017, Asylstatistik 2017; UNHCR Statistical Yearbook. Siehe auch das umfassende Positionspapier der SP Schweiz zur Migrationspolitik vom Parteitag in Lugano 2012.

408 Milliarden Franken. Davon macht die unbezahlte Carearbeit den grössten Teil aus, nämlich 374 Milliarden Franken⁴². Das BIP für 2016 beträgt im Vergleich dazu knapp 660 Milliarden Franken.

Auffällig ist die ungleiche Verteilung der unbezahlten Arbeit, insbesondere der Carearbeit. Der klar grössere Anteil aller unbezahlten Arbeit wird von Frauen geleistet. Zwar ist der Anteil der von Männern geleisteten Carearbeit über die Jahrzehnte gestiegen, aber gerade während der letzten zehn Jahre waren die Fortschritte in der Schweiz sehr bescheiden. Die Aufteilung der unbezahlten Arbeit hat sich bei einem Geschlechterverhältnis von ungefähr 60:40 stabilisiert. Bei der Kinderbetreuung war der von Männern geleistete Anteil an dieser Arbeit zwischen 2007 und 2016 gar leicht rückläufig.

Auch wenn die Beteiligung der Frauen an der Lohnarbeit stetig steigt, ändert sich diese Ungleichverteilung nicht von selbst. Eine höhere Erwerbsquote bedeutet für die Frauen in erster Linie eine erhöhte Doppelbelastung – insbesondere, wenn sie Mütter sind. Nicht besser sieht es in der bezahlten Carearbeit aus, d.h. in den Pflege- und Betreuungsberufen: Auch dort sind die Männer klar untervertreten, vor allem auf den unteren Hierarchiestufen. Je nach Berufsgruppe beträgt der Frauenanteil im Gesundheits- und Sozialwesen bis zu 80 Prozent. Es besteht ein Zusammenhang zwischen historisch als «weiblich» konnotierten Berufen und tiefen Löhnen. Das ist ein wesentlicher Faktor für die erklärbaren Anteile der Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern.⁴³ Der monatliche Lohnverlust von Frauen, der (neben anderen Faktoren wie Bildungsgrad und Dienstalder) stark darauf zurück geht, dass Frauen mehrheitlich in «Frauen-Berufen» arbeiten, wird im Fachjargon «erklärbare» Lohndifferenz genannt und betrug im Jahr 2012 10.6%.

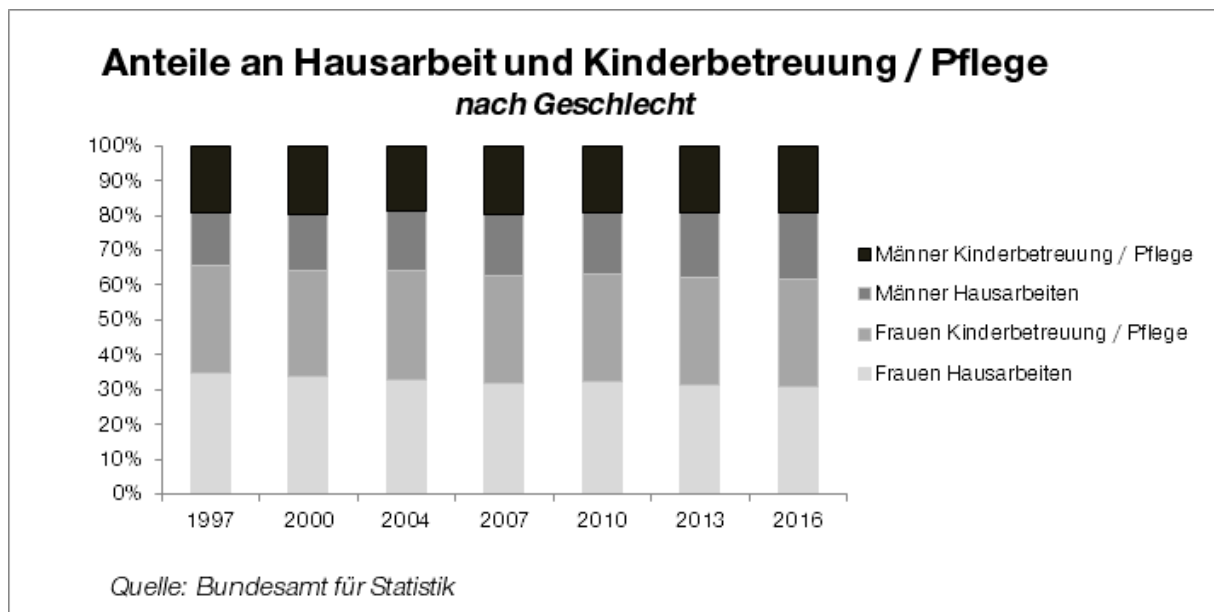
Diese Begrifflichkeit ist jedoch problematisch: Der sogenannte «erklärbare» Lohnunterschied beruht auf Ursachen, die keineswegs «natürlich», sondern gesellschaftlich bedingt sind: Erstens wird in unserer Gesellschaft zwischen sogenannten weiblichen und sogenannten männlichen Fähigkeiten unterschieden, obwohl es wissenschaftlich hoch umstritten ist, ob es einen solchen Unterschied tatsächlich gibt. Zweitens werden die traditionell weiblich konnotierten Fähigkeiten als weniger wertvoll erachtet, weil sie als selbstverständlich sowie als weniger produktiv angesehen werden. Drittens werden Frauen und Männer von klein auf unterschiedlich sozialisiert. Auf Grundlage solcher Definitionen heisst es zum Beispiel oft, Frauen würden sich die «falschen» Berufe aussuchen und daher aus eigenem Verschulden weniger verdienen.

Hinzu kommt, dass «typische» Frauenberufe gewerkschaftlich schlecht organisiert sind und der Arbeitnehmerinnenschutz ungenügend ist. Dies ist umso bedenklicher, als dass davon ausgegangen werden kann, dass der Pflege-, Betreuungs- und Erziehungssektor in Zukunft an Bedeutung noch zunehmen wird. Ausserfamiliäre Kinderbetreuung und Pflegearbeit ist

⁴² Siehe: Satelliten Haushaltskonto 2016 des Bundesamtes für Statistik: <https://www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/3882343/master>

⁴³ Siehe vor allem dazu auch die Ausführungen im «Manifest für einen konsequent feministische SP», welches an der Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2017 verabschiedet wurde: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/internetvorlage_manifest_def_d_3.pdf

in der Schweiz teurer als in anderen europäischen Ländern. Sie ist somit eine starke Belastung für die Familien. Gleichzeitig sind die Löhne der Kita-Angestellten niedrig. Sehr viel Arbeit wird von Praktikant_innen geleistet, die Arbeitsbedingungen der Angestellten kommen zusehends unter Druck. Kinderbetreuung und Krankenpflege sind aber keine Privatsache, sondern Aufgabe der Gesellschaft. Entsprechend sollten die Tarife günstig sein oder die betreffenden Dienstleistungen komplett staatlich finanziert werden. Einkommensabhängige Finanzierungsmodelle sollen geprüft werden. Ausserdem braucht es Massnahmen, um die Betreuung von Angehörigen zu erleichtern und die pflegenden Verwandten zu entlasten. Dies könnte in Form von Betreuungsgut-schriften und Betreuungsurlauben erfolgen.



Immer mehr Privatpersonen beschäftigen Angestellte zur Verrichtung von Pflege- und Betreuungsarbeiten im Haushalt. Häufig handelt es sich dabei um Migrantinnen, die zu Niedriglöhnen ein enorm hohes Arbeitspensum bewältigen. Hier braucht es verbindliche Standards, die Betroffene von prekären Arbeitsbedingungen schützen und ihnen ein Leben in Würde garantieren. Die Auslagerung in den Tiefstlohnbereich stellt keine nachhaltige Lösung der Care-Krise dar.

2.4.5 Digitale Innovation: Die Schweiz fällt zurück

Die Schweiz gilt als innovatives Land. Ausgerechnet im digitalen Bereich gerät sie aber zunehmend ins Hintertreffen. Die Schweiz liegt bei der Bruttowertschöpfung pro Arbeitsstunde zwar bei den Besten, fällt aber seit 2007 in allen Branchen ausser der Metallindustrie zurück⁴⁴. Während die Pharma- und die Finanzbranche nach wie vor gut aufgestellt sind, hapert es bei der Entwicklung im digitalen Schlüsselsektor, dem ICT-Bereich. Verglichen mit anderen Top-Standorten wird in der Schweiz in diesem Bereich relativ wenig geforscht, wie Zah-

⁴⁴ CH2048 (2018) Innovationsreport März 2018.

len der OECD zeigen. Insbesondere gibt es einen Aufholbedarf bezüglich der digitalen Expert_innen, der Kompetenz in künstlicher Intelligenz und der diesbezüglichen Grundlagenforschung.

Entgegen der weit verbreiteten Annahme, dass Start-up-Firmen die Innovationstreiberinnen schlechthin seien, ist es in der Realität der öffentliche Sektor, der mit seinen Investitionen eine entscheidende Rolle spielt⁴⁵. Trotzdem gibt es in der Schweiz in Sachen Risikokapitalaufwendungen für Start-Ups noch viel Luft nach oben. Ein Ansatz für eine zukunftsfähige Technologiepolitik wäre daher, mehr Risikokapital über die demokratisch kontrollierte öffentliche Hand bereitzustellen⁴⁶. Somit würde auch ein Teil der Erträge bei erfolgreichen Investitionen dem Staatshaushalt zugutekommen, anstatt zu privaten Investoren abzufließen.

Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozenten des BIP steht die Schweiz zwar gut da. Die Dynamik ist aber schwächer als an vergleichbaren Standorten. In Anbetracht der rasanten technologischen Entwicklung können wir diesen Umstand nicht ignorieren.

2.5 Fazit: Ein verlorenes Jahrzehnt

Unsere Analyse der ökonomischen Entwicklungen in den letzten zehn Jahren zeigt, wie wichtig es ist, dass die Politik den Menschen wieder mehr Sicherheit und Verlässlichkeit geben kann. Wir müssen uns entschiedener um die Verteilungsfrage kümmern. Es zeigt sich, wie die Finanzkrise von 2008 die letzten Jahre geprägt hat. Eine solche Finanzkrise kann jederzeit wieder ausbrechen, denn die Ursachen der letzten Krise sind noch nicht behoben. Gleichzeitig schreitet die Digitalisierung der Wirtschaft in grossen Schritten voran, bringt viele Veränderungen und fegt ganze Branchen und Berufe weg. Die Klimaerwärmung und kriegerische Konflikte haben weltweit zugenommen. Das alles schafft Verunsicherung. Hinzu kommt ein Gefühl der Ohnmacht. Wenige Menschen besitzen immer mehr vom Kuchen. Sie konzentrieren Vermögen und wachsende Marktmacht in ihren Händen und benutzen diese dafür, die politischen Prozesse zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Sie kaufen Medien, kontrollieren Verbände und Parteien. Im Gegensatz zu den superreichen Investoren und Konzernbesitzern profitiert die breite Bevölkerung in der Schweiz heute weniger vom wirtschaftlichen Fortschritt als noch vor einigen Jahrzehnten. Lohnerhöhungen werden durch steigende Mieten und Krankenkassenprämien weggefressen. Der Stress am Arbeitsplatz nimmt zu. Die Zeiten, in denen die Arbeitszeit als Kompensation für höhere Produktivität verkürzt wurde, sind vorbei. Das Gefühl der Ohnmacht wächst besonders auch bei den Frauen, weil ihre wirtschaftliche Gleichstellung immer noch weit entfernt ist und sie immer noch den grössten Anteil der unentgeltlichen Carearbeit leisten müssen.

⁴⁵ Siehe «The Entrepreneurial State» (Mazzuccato, 2011).

⁴⁶ Siehe auch Kapitel 4.1.4 zur Idee des Zukunftsfonds.

3 POLITISCHE STOSSRICHTUNGEN

Wirtschaftspolitik soll gestalten. Sie soll den Menschen Perspektiven eröffnen und sie von Zwängen befreien. In diesen Zeiten des schnellen Wandels muss Wirtschaftspolitik Sicherheit schaffen und dafür sorgen, dass der Fortschritt allen dient.

Die Rezepte dazu liegen nicht in der Ferne. Nein, die Schweiz hat Stärken. Zu diesen gehören pionierhafte Gemeinwerke, ein starkes Gemeinwesen, eine funktionierende Sozialpartnerschaft und internationales Engagement. Die SP ist überzeugt, dass die Schweiz den Herausforderungen unserer Zeit am besten begegnen kann, wenn sie sich auf diese Stärken besinnt.

- **Gute Arbeit für alle:** Unser wichtigstes Ziel ist gute Arbeit für alle. In der Schweiz hat die Sozialpartnerschaft in der Zeit nach 1945 dafür gesorgt, dass wir in vielen Branchen gute Löhne hatten und viele vom Fortschritt profitieren konnten. Das ist eine zentrale Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Diese Errungenschaften müssen mit Gesamtarbeitsverträgen und flankierenden Massnahmen zum Schutz vor Lohndumping geschützt und ausgebaut werden. Für gute Arbeit in Zeiten technologischen Umbruchs sind Aus- und Weiterbildung zentral. Hier braucht die Schweiz neue Anstösse. Genauso bei den Arbeitszeiten. Diese sollen endlich wieder sinken. Nur so können wir auch in Zukunft möglichst viele Menschen in der Arbeitswelt halten. Und wer seinen Platz dort verliert, soll mit einer Allgemeinen Erwerbsversicherung aufgefangen werden. Damit die Bevölkerung ihr Potenzial in der Wirtschaft entfalten kann, engagieren wir uns dafür, dass Arbeitsrechte, Mitbestimmung und Gemeineigentum gestärkt werden.
- **Pionierhafte Gemeinwerke:** Wie damals mit der SBB und der ETH soll die Schweiz mit öffentlichen Investitionen den Weg für eine zukunftsfähige Wirtschaft bereiten. Wir wollen die Energiewende ebenso wie die Errichtung der digitalen Infrastruktur zielstrebig vorantreiben. Dies wird die Grundlage der Wirtschaft von morgen sein. Die SP will bis im Jahr 2045 aus der fossilen Wirtschaft aussteigen. Das macht unser Land unabhängiger und unsere Wirtschaft zukunftsfähiger. Dafür brauchen wir Innovation, höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung, einen Zukunftsfonds sowie stabilere Finanzinstitute, die sich in den Dienst einer nachhaltig produzierenden Schweizer Wirtschaft stellen.
- **Starkes Gemeinwesen:** Aufbauend auf ihre lange und erfolgreiche Tradition von Genossenschaften und qualitativ hochstehendem Service public sorgt die Schweiz künftig dafür, dass Ressourcen, Lasten und Einkommen gerecht verteilt werden. Insbesondere die Bodenrente muss wieder gerechter verteilt werden. Die Kaufkraft der tiefen und mittleren Einkommen wird damit endlich wieder steigen. Zu einer gerechten Verteilung gehört auch die wirtschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau, die mit einer Aufwertung der Carearbeit einhergeht. Für all das braucht es starke öffentliche Dienste und Geld, das wir über eine Besteuerung von Kapitalgewinnen und Finanztransaktionen aufbringen wollen. Dies würde auch der gewaltigen Vermögenskonzentration der letzten Jahre entgegenwirken.

- **Internationales Engagement:** Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes zeugt noch heute vom Willen der Schweiz, bei globalen Problemen nicht wegzuschauen, sondern zu deren Lösung beizutragen. Solches Engagement braucht es in einer globalisierten Welt mehr denn je. Die Schweiz soll sich deshalb stark in Europa und in internationalen Gremien einbringen. Sie soll für faire Regeln etwa im Welthandel sorgen, parasitäre Steuerpraktiken bekämpfen und über ausgebaute Hilfeleistungen mithelfen, die globalen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung umzusetzen.

3.1 Gute Arbeit für alle

3.1.1 Aus- und Weiterbildung ausbauen

Wir wollen, dass das riesige Potenzial für eine nachhaltige Wirtschaft in unserem Land freigesetzt wird. So viel Potenzial liegt bei Leuten, die sich viel zu oft nicht ihren Fähigkeiten entsprechend entfalten können, die sich nicht einbringen können, und die kein wirklich freies Leben führen können. Weil sich der technologische Wandel durch Digitalisierung und Automatisierung beschleunigt, müssen die Menschen die Fähigkeiten erlangen, diesen Wandel mitzugestalten und darin ihre Rolle zu finden. Hier spielen Bildung und Weiterbildung eine zentrale Rolle. Sie sind die Grundlage für die Entfaltung menschlicher Fähigkeiten und ein extrem wichtiger Faktor für die Produktivität einer Volkswirtschaft. Umgekehrt heisst das: Kürzungen in diesem Bereich haben negative soziale und wirtschaftliche Auswirkungen mit hohen Folgekosten, beispielsweise bei der Sozialhilfe. Investitionen in die Bildung tragen umgekehrt zur gesellschaftlichen Integration bei. Junge Menschen, die heute einen Beruf erlernen, werden diesen zudem mit allergrösster Wahrscheinlichkeit mindestens einmal wechseln oder sich höher qualifizieren. Allen Erwachsenen müssen deshalb während ihres ganzen Erwerbslebens leicht zugängliche und auf ihre Bedürfnisse angepasste Möglichkeiten für eine formale Weiterbildung offen stehen. Sie brauchen dafür die richtigen Weiterbildungsangebote, aber auch die Zeit und Mittel, um diese zu nutzen. Wir wollen verhindern, dass Angestellte, die jahrzehntelang zuverlässig ihren Dienst leisteten, ausgemustert werden, weil ihnen die Möglichkeit verwehrt blieb, sich den Veränderungen in der Arbeitswelt anzupassen. Wir sind überzeugt, dass Bund, Kantone und Unternehmen mehr in die Fähigkeiten ihrer Arbeitskräfte investieren müssen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Wir fordern für die nächsten 5 bis 10 Jahre einen griffigen Aktionsplan und deutlich mehr Mittel des Bundes für die berufliche Weiterbildung. Diese finanziellen Mittel sollen auch dafür eingesetzt werden, dass die Chancengleichheit gewahrt wird, indem der Zugang zu Weiterbildungen nicht über die Kosten bestimmt wird. Die Weiterbildung muss einerseits neue, durch die Digitalisierung erforderte Fähigkeiten und andererseits Grundkompetenzen (Informatik, Mathematik, Sprache) ins Zentrum stellen.

- Möglichkeiten für lebenslanges Lernen für alle müssen hohe Priorität haben. Es braucht insbesondere berufsbegleitende, auf erwerbstätige Erwachsene ausgerichtete Bildungsangebote für Personen, die zusätzliche oder alternative Kompetenzen erwerben wollen (z.B. Zweitberuf oder Zweitstudium). Arbeitgeber_innen und öffentliche Hand stellen entsprechende Mittel zur Verfügung. Auch die Ausbildungsangebote bei Arbeitslosigkeit müssen ausgebaut werden.
- Erfahrungen und vorhandene Kompetenzen müssen durch unabhängige Fachgremien angemessen angerechnet und validiert werden.
- Der Anspruch auf Weiterbildung gehört ins Arbeitsgesetz. Die Mitarbeitenden sollen während der Arbeitszeit die nötigen Schulungen und Kurse absolvieren können.
- Für alle Arbeitnehmenden soll das Recht auf einen durch die Arbeitgeber_innen zu finanzierenden Weiterbildungsurlaub von einer Arbeitswoche pro Jahr eingeführt werden.
- Digitale Kompetenz muss auf allen Schulstufen verankert werden. Die Fähigkeit, mit neuen Medien umzugehen, ist auf Sekundarstufe II, in der höheren Berufsbildung, in den Hochschulen sowie in der Weiterbildung zu fördern.
- Auf allen Bildungsstufen sind digitale Lehr- und Lernformen verstärkt zu nutzen (Apps, Lernplattformen, Robotik, künstliche Intelligenz, etc.), ohne jedoch den direkten sozialen Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden zu vernachlässigen. Dazu braucht es passende fachdidaktische Konzepte, ausreichende Investitionen in die IT-Infrastruktur der Schulen und genügend Mittel, um die Lehrpersonen entsprechend weiterzubilden. Im Vordergrund muss die kritische Auseinandersetzung mit der Digitalisierung stehen.
- Das Bildungssystem muss Chancengleichheit für alle ermöglichen. Jedes Kind hat Anrecht auf einen bedürfnisgerechten Betreuungsplatz von hoher Qualität und auf altersgerechte Förderung.
- Weiterbildungen und Umschulungen müssen auch im zweiten Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt muss Priorität haben. Zudem darf durch den zweiten Arbeitsmarkt die Wirtschaft im ersten Arbeitsmarkt nicht unfair konkurriert werden.
- Über die Hälfte aller Betriebe bilden keine Lernenden aus. Sie sollen in allen Branchen einen Beitrag an einen Berufsbildungsfonds leisten, der für die Förderung von Lernenden zur Verfügung steht. Zudem muss ermöglicht werden, dass mehrere Betriebe gemeinsam eine Lehrstelle anbieten können.
- Neben den Forderungen auf Weiterbildungen muss auch die Stellung von Beschäftigten in Betrieben und Unternehmen gestärkt werden, die nach einer ersten Ausbildung keine Weiterbildungen mehr anstreben können oder wollen. Menschen mit Lehrabschluss ohne Weiterbildung müssen gefördert und anständig entlohnt sowie durch gute Sozialleistungen finanziell abgesichert werden. Lebenslanges Lernen soll kein Zwang sein.

3.1.2 Arbeit gerecht verteilen und die Arbeitszeit senken

Der wirtschaftliche Fortschritt und die wachsende Arbeitsproduktivität sollen endlich wieder den Lohnabhängigen zugutekommen. Damit könnte die Lebensarbeitszeit inklusive Carearbeit abnehmen, und wir alle hätten mehr Zeit für private oder gesellschaftliche Aktivitäten.

Wir verfolgen das Ziel, dass möglichst alle erwachsenen Personen einer sinnstiftenden Erwerbsarbeit nachgehen können, die ihnen ökonomische Unabhängigkeit verschafft. Erwerbsarbeit ist aber nur ein Teil des Lebens. Wir alle brauchen auch genügend Zeit für unsere Angehörigen und uns selbst, für Beziehungen, den Haushalt, Hobbies sowie für gesellschaftliches Engagement. Die Schweiz hat heute ein Problem mit der Verteilung der Erwerbsarbeitszeit. 50-Stunden-Wochen gelten in manchen Branchen als normal. Gleichzeitig werden unter anderem im Dienstleistungssektor Jobs mit zu tiefen Teilzeitpensen bei zu tiefen Löhnen vom Ausnahme- zum Normalfall. Zudem werden immer mehr Arbeitsverträge nur noch befristet abgeschlossen. Die Planbarkeit des eigenen Lebens nimmt für viele Arbeitende ab. Das schafft Stress und Ängste. Zudem werden ältere Angestellte zunehmend als Kostenfaktor betrachtet und frühzeitig aus der Erwerbsarbeit gedrängt. Eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeitszeit würde diese Probleme entschärfen. Sie ist im gemeinsamen Interesse von Über- und Unterbeschäftigten (inkl. Arbeitslosen) und erlaubt nicht zuletzt eine gerechtere Verteilung der unbezahlten Haus- und Carearbeit, die bis heute mehrheitlich von Frauen verrichtet wird. Eine kollektive Senkung der Wochenarbeitszeit (bei gleichbleibendem Lohn) ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die individuelle Flexibilisierung der Arbeit eine Befreiung sein kann. Die nachfolgenden Massnahmen sollen jeweils für kleine Unternehmen mit wenig Beschäftigten entsprechend flexibel umgesetzt werden (und wenn nötig mit staatlicher Unterstützung).

Dafür setzen wir uns ein:

- Die SP setzt sich für eine generelle Verkürzung der normalen Arbeitszeit ein. Heute beträgt die wöchentliche Höchstarbeitszeit in der Schweiz 45 bis 50 Stunden⁴⁷. Diese Obergrenze gilt es zunächst schrittweise auf 40 Stunden zu reduzieren. Kurzfristig muss es für Unternehmen finanziell deutlich unattraktiver werden, die Lohnabhängigen über längere Zeit viele Überstunden leisten zu lassen. Mittelfristiges Ziel ist die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.
- Alle Beschäftigten müssen das Recht haben Ihre Arbeitszeit angemessen zu reduzieren und zu erhöhen. Im Arbeitsvertrag ist bei allen Teilzeitbeschäftigten eine vertraglich vereinbarte Stundenzahl festzuhalten.
- Teilzeitbeschäftigte, Mehrfachbeschäftigte und andere nicht-traditionell Beschäftigte müssen durch Sozialversicherungen und Arbeitsschutz ebenso abgesichert werden wie Vollzeitbeschäftigte. Sie dürfen weder bei Weiterbildung noch bei Aufstiegschancen diskriminiert werden.
- Damit Arbeitszeitverkürzungen nicht zu mehr Arbeitsverdichtung und mehr Stress führen, braucht es mehr Mitbestimmung der Beschäftigten insbesondere bei Arbeitsorganisation und Ressourcenplanung.

⁴⁷ (Schweizerisches Arbeitsgesetz ArG, Art. 9).

- Die Erfassung der Arbeitszeit muss in allen Branchen die Regel bleiben, respektive konsequent durchgesetzt werden. Ohne Arbeitszeiterfassung gibt es keinen wirksamen Schutz für die Angestellten. Nur in begründeten Ausnahmefällen soll ein Verzicht auf Arbeitszeiterfassung möglich sein. Generell darf das Arbeitsgesetz nicht unter dem Stichwort der «Flexibilisierung» immer weiter ausgehöhlt und mit Ausnahmeregelungen durchlöchert werden.
- Arbeitszeiten müssen familienfreundlich gestaltet werden: Die Planbarkeit der Arbeitseinsätze muss für Angestellte mit Familienaufgaben gewährleistet sein. Arbeitspläne müssen deshalb frühzeitig mitgeteilt werden. Kurzfristige Änderungen und Arbeitseinsätze dürfen nur im Notfall und mit einem Lohnzuschlag erfolgen.
- Einführung eines bezahlten Urlaubes («Sabbatical»). Dieser Urlaub dauert maximal 12 Monate und kann flexibel bezogen werden, ab 25 Jahren bis zum ordentlichen Rentenalter. Die Entschädigung entspricht der Höhe des Existenzminimums.
- Psychosomatische Erkrankungen, welche vor allem auf stressbedingte Faktoren zurückzuführen sind, sollen als Berufskrankheiten anerkannt werden. Des Weiteren sollen auch psychosoziale Risiken bei den Sozialversicherungen berücksichtigt werden.
- Die SP fordert sechs Wochen bezahlte Ferien für alle.
- Temporärarbeit soll mengenmässig beschränkt werden (auf maximal 10% der festangestellten Arbeitnehmenden), es sollen längere Kündigungsfristen für Temporärangestellte gelten und verbindliche minimale Arbeitszeiten pro Tag und Woche. Nach einer Temporäranstellung von 1,5 Jahren muss ein Recht auf eine Festanstellung bestehen.
- Teilzeitarbeit in Verwaltung und Unternehmen soll insbesondere bis ins hohe Kader gefördert werden. Mit Job- und Topsharing-Angeboten erhalten Arbeitnehmende die Möglichkeit, Familie, Freizeit und Beruf zu vereinbaren, ohne dabei an eine Gläserne Decke zu geraten oder einen Karriereknick zu erfahren. Unternehmen profitieren von doppelter Kompetenz in allen Positionen.

3.1.3 Mitbestimmung stärken

Es braucht substanzielle Mitbestimmungsrechte der Belegschaften auf Unternehmensebene, wo die wichtigen strategischen Entscheide gefällt werden. Wir brauchen Minimalstandards in Branchen ohne oder mit nur schwacher gewerkschaftlicher Interessenvertretung (Gastronomie, Reinigungssektor, Detailhandel, Pflege) und einen besseren Kündigungsschutz vor allem für ältere Mitarbeitende. Der Arbeitsschutz soll auch diejenigen Menschen einbeziehen, die als externe Auftragnehmer_innen und auf Abruf tätig sind.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Hürde für die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen muss gesenkt werden. Kommt in einer Branche kein Gesamtarbeitsvertrag zustande, muss schneller als heute ein Normalarbeitsvertrag mit bindenden Mindestlöhnen in Kraft treten.

- Substanzielle Mitbestimmungsrechte der Angestellten in den Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Lohngerechtigkeit, einer gerechten Gewinnbeteiligung und besseren Arbeitsbedingungen.
- Sowohl auf gesetzlicher Ebene als auch bei den Gesamtarbeitsverträgen fordern wir einen Ausbau und eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung in allen Sektoren und Branchen (siehe auch Fazit Mitbestimmungs-Tagung⁴⁸). Es muss sichergestellt werden, dass ein Teil der jährlichen Unternehmensgewinne in Form von Anteilen an die Angestellten ausgeschüttet wird. Über diese Anteile können Angestellte demokratisch Einfluss nehmen auf ihr Unternehmen. Mögliche Dividenden werden zum Aufkauf weiterer Anteile verwendet.
- In Verwaltungsräten ist die Zahl der Mitarbeitenden oder Vertretungen von Mitarbeitenden zu erhöhen mit dem Ziel einer paritätischen Vertretung.
- Bei einem geplanten Verkauf beziehungsweise bei der Schliessung eines KMU sollen die Angestellten ein Vorinformations- und Vorkaufsrecht erhalten. Ein staatlicher Zukunftsfonds soll ihnen dabei eine Übergangsförderung gewähren, um eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung zur Weiterführung des Unternehmens (beispielsweise als Genossenschaft) zu ermöglichen.

3.1.4 Arbeitsbedingungen schützen

Vielfach missbrauchen Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände Digitalisierung und Plattformökonomie als Vorwand, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Das ist unfair. Es braucht neue Lösungen für den Sozialversicherungsbereich und das Arbeitsrecht, welche die gesetzlichen Lücken schliessen, die sich durch die neuen digitalen Arbeitsformen auf-tun. Die Sozialpartnerschaft soll gestärkt werden, und es braucht Gesamtarbeitsverträge in allen Branchen. Für die wachsende Gruppe der digitalen Einzelunternehmen und der digitalen Scheinselbständigen (Crowd-Worker und Clickarbeiter) müssen neue Arbeitsmodelle und Mechanismen der sozialen Sicherheit entwickelt werden. Diejenigen, die über die digitale Maschinerie verfügen, können die asymmetrischen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit weiter zu ihren Gunsten verschieben. Ohne regulierende Eingriffe befördert die digitale Transformation die Entsicherung, Entkollektivierung und Entmächtigung menschlicher Arbeitskraft.

Dafür setzen wir uns ein:

- Arbeitsverhältnisse mit untypischen Arbeitszeiten müssen klaren Bedingungen unterworfen sein und zusätzlich entschädigt werden. Arbeit auf Abruf ist als Arbeitsform abzulehnen. Bei Arbeitszeiten, die sich nach dem Arbeitsanfall richten, muss eine Mindeststundenzahl definiert und eine regelmässige Lohnzahlung garantiert sein.
- Wir wollen die gesetzlichen Lücken bei der Erwerbsarbeit zu Hause schliessen. Auch im Homeoffice braucht es klare Regeln über Haftungsfragen, Ergonomie, Datenschutz sowie Bereitstellung von Material.

⁴⁸ https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/fazit_fachtagung_mitbestimmung_von_sp_und_sgb_maerz_2018_0.pdf.

- Digitalisierung und die Arbeit und Auftragsvergabe über Clouds und Plattformen schafft neue, oft entgrenzte und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Solche Plattformen müssen deshalb verbindlich reguliert und eindeutig als Arbeitgeber_innen behandelt werden. Bei Crowdwork-Plattformen müssen sowohl die Betreiber als auch die Auftraggeber an der Finanzierung der Sozialabgaben beteiligt werden. Zusätzlich braucht es eine stärkere staatliche Aufsicht sowie verbesserte Möglichkeiten für die Gewerkschaften, gegen Missbräuche rechtlich vorzugehen.
- Die permanente Erreichbarkeit von Beschäftigten steht im Widerspruch zu zwingenden Vorgaben des Arbeitsschutzrechts (etwa zur täglichen Höchstarbeitszeit). Dieser Widerspruch lässt sich durch ein «Recht auf Nichterreichbarkeit» auflösen. Für dessen Umsetzung müssen Arbeitgeber_innen im Rahmen einer Rechenschaftspflicht verantwortlich gemacht werden.
- Der Sonntag darf nicht zu einem normalen Werktag werden. Weitere Deregulierungsversuche wird die SP konsequent bekämpfen.

3.1.5 Allgemeine Erwerbsversicherung (AEV) und Altersvorsorge

Wir wissen heute nicht, wie viele Arbeitsplätze verschwinden werden, wenn die grossen Versprechungen der digitalen Wirtschaft wahr werden. Und wir wissen nicht, ob es auch in Zukunft genügend Erwerbsmöglichkeiten für alle geben wird. Auch deshalb braucht es soziale Auffangnetze. Zur sozialen Sicherheit gehören alle Massnahmen, die Menschen finanziell vor Lebensrisiken schützen und verhindern, dass sie in Armut geraten. Sie setzt sich zusammen aus der Alters- und Hinterlassenenversicherung/Invalidenversicherung (AHV und IV), der beruflichen Vorsorge, der Krankenversicherung, der Erwerbsersatzordnung, der Unfallversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe. Trotz der grossen Zahl von Sozialversicherungen ist das soziale Netz in der Schweiz nicht durchgängig. Es ist kompliziert und verzettelt. Oftmals werden die Betroffenen aufgrund von Bürokratie und Willkür zwischen den Versicherungen hin- und hergeschoben. Durch unnötigen administrativen Aufwand und juristisches Pingpong entstehen hohe Kosten. Für die Betroffenen wird es noch schwieriger, die Sicherung ihrer Existenz wieder in die eigene Hand zu nehmen. Selbständige und Crowdworker sind besonders schlecht gegen Verdienstauffälle abgesichert. Bei der kantonal organisierten Sozialhilfe ist es zudem in den letzten Jahren zunehmend zu einem «Wettbewerb» auf Kosten der Schwächsten gekommen. Das zynische Kalkül dahinter: Wer tiefere Sozialhilfeeansätze bietet, muss weniger Arme versorgen.

Dabei ist der Auftrag der Sozialversicherungen eigentlich simpel. Wer unverschuldet nicht für die eigene Existenz aufkommen kann, soll ein Ersatzeinkommen und Hilfe beim Wiedereinstieg erhalten.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die SP fordert ein neues System der sozialen Sicherung: IV, ALV, EO, UV, Krankentaggeldversicherung und Sozialhilfe sollen in einer Allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV) vereint werden, die über Lohnprozente (mit mindestens 50 Prozent Arbeitgeberanteil) und Steuern finanziert wird. Viele Probleme des heutigen Sozialsys-

tems (Versicherungslücken, Bürokratie, Stress für die Betroffenen) werden damit verbessert. Auch für die Unternehmen ermöglicht die AEV eine massive administrative Entlastung.

- Zusätzlich übernimmt die AEV die Funktion einer Krankentaggeldversicherung bis zu zwei Jahren Krankheitsdauer.
- Die AEV finanziert berufliche Weiterbildung für Arbeitslose und hilft beim (Wieder-)Einstieg in die Erwerbsarbeit.
- Ausserdem fordert die SP für Personen, die in den letzten 10 Jahren vor dem ordentlichen Pensionierungsalter keine Stelle mehr gefunden und kein Anrecht mehr auf Arbeitslosengelder haben, die Einführung einer Überbrückungsrente auf nationaler Ebene. So können sie den Übergang in die Pensionierung ohne Verschlechterung ihrer AHV-Rente vorbereiten. Daneben profitieren die betroffenen Personen von garantierten Leistungen und sind nicht gezwungen, ihr Vorsorgekapital aufzubreuchen oder am Ende ihrer Berufskarriere Sozialhilfe zu beziehen. Auch dieser Übergang soll durch die AEV ermöglicht werden. Unternehmen mit unterdurchschnittlicher Quote an 55+ beteiligen sich überproportional an der Finanzierung.
- Der Mutterschaftsurlaub (bisher finanziert durch die EO) soll durch eine von der AEV finanzierte Elternzeit von wenigstens 38 Wochen ersetzt werden. Sowohl Mutter als auch Vater sind dazu verpflichtet, je mindestens 14 Wochen davon zu nutzen.
- Bei der medizinischen Grundversicherung ist die unsoziale und wirtschaftlich unsinnige Kopfprämie mittelfristig durch ein System einkommensabhängiger Beiträge zu ersetzen. Um die Prämienlast möglichst schnell zu mildern, braucht es zunächst eine Beschränkung der Ausgaben für die Krankenkassenprämien auf maximal 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens.
- Die AEV soll auch den sozial schlecht abgesicherten Berufen im Kulturbereich zur Verfügung stehen.
- Die AHV ist so auszubauen, dass sie existenzsichernde Renten garantiert.

3.1.6 Löhne und Arbeitsbedingungen sichern

Führt Globalisierung zu tieferen Löhnen? Nicht, wenn wir unsere Löhne und Arbeitsrechte konsequent schützen. Die Schweiz hat bewiesen, dass dies möglich ist – und zwar in den Beziehungen mit der EU, mit der wir einen freien Austausch der Arbeitskräfte vereinbart haben. Diese Personenfreizügigkeit erlaubt es auch den Schweizer_innen, Arbeit in ganz Europa anzunehmen. Das ist gerade für junge Menschen ein wichtiges Freiheitsrecht. Gleichzeitig hilft die Personenfreizügigkeit den hiesigen Unternehmen, genügend geeignete Arbeitskräfte zu finden. Freilich müssen flankierende Massnahmen dafür sorgen, dass Zuwanderinnen und Grenzgänger die inländischen Lohnabhängigen und Unternehmen unterstützen, nicht verdrängen. Der Schutz von inländischen Löhnen, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzsicherheit ist zentral. Die flankierenden Massnahmen müssen griffig sein, damit Schweizer Löhne nicht unterboten und Arbeitszeiten nicht ausgedehnt werden. Besonders anfällig für Lohndumping sind die Grenzregionen. Gerade dort müssen die Kontrollen ausgebaut und die Sanktionen gegen fehlbare Unternehmen verschärft werden. Der Arbeitslosenvorrang ist konsequent umzusetzen. Dem Fachkräftemangel muss mit einem Ausbau des Bildungssystems begegnet werden und nicht durch das Ausschreiben der Stellen im

Ausland. Insbesondere die Frauen und die in der Schweiz wohnhaften Zugewanderten sollen durch gezielte Programme stärker an der Erwerbsarbeit beteiligt werden. Es braucht zudem zusätzliche Massnahmen zum Schutz bezahlbarer Mieten sowie eine griffige Raumplanung für eine intakte Umwelt.

Dafür setzen wir uns ein:

- Gesamtarbeitsverträge sind das Rückgrat guter Schweizer Löhne und guter Schweizer Arbeitsbedingungen. Ihre Allgemeinverbindlichkeitserklärung muss erleichtert und ihre Durchsetzung durch vermehrte Kontrollen gewährleistet werden. Die Bussen müssen den durch Lohndumping erzielten Gewinn deutlich übersteigen. Die Hauptunternehmen müssen auch für die Verfehlungen ihrer Subunternehmen geradestehen (Solidarhaftung). Besonders wichtig ist der verstärkte Lohnschutz in den Grenzregionen.
- In Branchen und Regionen ohne Gesamtarbeitsverträge müssen die Kantone ihre Verantwortung wahrnehmen und Mindestlöhne festsetzen, falls es wiederholt zu Dumping kommt. Verbände müssen die Möglichkeit für Lohn-Sammelklagen haben. Zudem braucht es einen nationalen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde.
- Die digitale Transformation muss von den Sozialpartnern gemeinsam umgesetzt werden. Dabei steht die geplante Qualifikationsentwicklung im Vordergrund, aber auch die Unterstützung für notwendige Arbeitsplatz-Wechsel und wenn nötig die Sicherung fairer Sozialpläne muss gemeinsam gesteuert werden.
- Die Frauen müssen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Der Wiedereinstieg muss erleichtert werden. In typischen Dienstleistungsberufen mit hohem Frauenanteil (Pflege, Betreuung, Erziehung, Verkauf) braucht es flächendeckende GAV.
- Eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung ist in der nationalen Gesetzgebung zu verankern.
- Ältere Arbeitende müssen besser vor Entlassungen geschützt werden. Insbesondere darf Arbeitenden über 55 mit mehr als zehn Dienstjahren nicht mehr gekündigt werden, um sie durch billigere Arbeitskräfte zu ersetzen.
- Der Arbeitslosenvorrang ist konsequent umzusetzen.
- Alle in der Schweiz ansässigen Migrant_innen haben ein Recht auf Arbeit. Es darf keine Arbeitsverbote aufgrund des Aufenthaltsstatus geben. Ihre (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist gezielt zu fördern.
- Die Schweiz muss ihre Fachkräfte selber ausbilden, statt sie im Ausland abzuwerben. Es braucht eine umfassende Ausbildungsoffensive: Insbesondere die Arbeit im Gesundheitswesen und die technischen und naturwissenschaftlichen Berufe müssen attraktiver werden. Dafür müssen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt und insbesondere Frauen spezifisch gefördert werden.
- Die SP fordert den Bundesrat auf, Sozialversicherungsabkommen mit allen Ländern auszuhandeln, die in der CH grössere Migrationsgruppen stellen.
- Die Unternehmen müssen zum Gesundheitsschutz und der Prävention – sowohl in somatischen wie auch psychischen Belangen – am Arbeitsplatz verpflichtet werden.

- Gleichstellung von Vollzeit- und Teilzeitarbeitenden in der Altersvorsorge. Der Koordinationsabzug bei der Pensionskasse soll leicht gesenkt und einkommensabhängig flexibilisiert werden, sodass die Teilzeitarbeitenden einen besseren Zugang zur 2. Säule erhalten, dies ohne dass die hohen Einkommen noch mehr einzahlen dürften. Langfristig soll die AHV ausgebaut und ein besseres Gleichgewicht zwischen 1. und 2. Säule erreicht werden.

3.2 Pionierhafte Gemeinwerke

3.2.1 Abhängigkeit von fossiler und atomarer Energie überwinden

Die Schweizer Volkswirtschaft soll ihren Beitrag leisten, um der Klimaerwärmung entgegenzuwirken. Dabei geht es nicht nur um den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen: Wir sehen auch ökonomisch eine grosse Chance, denn wir können so Kosten, senken unsere Abhängigkeit von Energieimporten verringern und neue Arbeitsplätze im Cleantech-Sektor schaffen. Den Einsatz der Digitalisierung im Bereich Energiesparen und Alternativ-Energien soll die Schweiz als Pionierland gezielt vorantreiben. Bis spätestens 2045 muss die Schweiz klimaneutral sein. Das schaffen wir nur, wenn der Ausstieg aus der Erdöl-, Erdgas- und Kohlewirtschaft entschieden beschleunigt wird. Firmen und Haushalte, die sich hier vorbildlich verhalten, profitieren. Die SP steht für Lenkungsabgaben, die vollumfänglich an Bevölkerung und Firmen zurückverteilt werden, und für Förderabgaben, die den Umstieg erleichtern. Wir sorgen dafür, dass solche Abgaben sozial ausgestaltet werden. Die SP fordert auch Vorgaben für den Schweizer Finanzmarkt, denn dieser ist einer der grössten der Welt. Er muss auf das Ziel der Klimaneutralität verpflichtet werden.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Schweiz muss in allen Sektoren (Verkehr, Gebäude, Industrie, Landwirtschaft) verbindlich dazu beitragen, ihren Beitrag an die Umsetzung des Pariser Abkommens zu leisten. Die Schweiz soll mit ambitionösen Zielen und klaren Vorgaben international eine führende Rolle übernehmen. Die Finanzierung darf nicht auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit gehen.
- Die Digitalisierung kann in vielen Bereichen zum Energiesparen (direkt und indirekt) beitragen, Die Schweiz soll hier in Forschung und Entwicklung einen internationalen Spitzenrang anstreben. Dies wird mittelfristig auch den Werkplatz Schweiz stärken.
- Der Schweizer Finanzmarkt darf spätestens ab 2025 keine Investitionen in die Erschliessung fossiler Energieträger mehr tätigen. Investitionen in die Erneuerung oder den Ausbau von Kernenergie sind ab sofort zu unterlassen. Es braucht Transparenzstandards für Banken, Versicherungen, Pensionskassen sowie Zielvereinbarungen, die zum Stopp von Investitionen in Kernenergie, Kohle, Erdöl und Erdgas führen.
- Auf Treibstoffe soll eine Lenkungsabgabe eingeführt werden, die an Bevölkerung und Unternehmen rückverteilt wird. Gebäudesanierungsprogramme und der Umstieg von Öl- und Gasheizungen auf mit erneuerbarer Energie betriebene Systeme (beispielsweise Wärmepumpen) müssen gesetzlich und finanziell weiter gefördert werden.

- Beim Flugverkehr soll eine Ticketabgabe eingeführt werden, um die ökologischen Kosten zu decken.
- Die Energiestrategie 2050 ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht ambitioniert genug: Die SP fordert die Umstellung der Stromversorgung auf 100% erneuerbare Energien bis 2030. Am Wichtigsten ist dabei der Einbau von Photovoltaikanlagen bei Neubauten ebenso wie bei bestehenden Gebäuden. Zudem soll das enorme Solarenergiepotenzial der Alpen besser genutzt werden. Die Energieeffizienz von Haushalten und Industrie ist zu verbessern.
- Der öffentliche Verkehr in der Schweiz hat im internationalen Vergleich eine hohe Qualität und einen bedeutsamen Anteil am gesamten Transportwesen. Er ist in Bezug auf Umwelt- und Klimafolgen, aber auch beim Flächenbedarf dem Auto um ein Vielfaches überlegen. Die Preise sind aber beim öffentlichen Verkehr in den letzten 20 Jahren stärker gestiegen als beim individuellen Motorfahrzeugverkehr. Diese Entwicklung gilt es zu umzukehren. Der Zugang zum öffentlichen Verkehr muss für jede und jeden in der Schweiz bezahlbar sein. Zudem soll die Elektrifizierung der Busflotten der städtischen Verkehrsbetriebe forciert werden.
- In städtischen Gebieten ist dem platz- und energiesparenden Fuss- und Veloverkehr Priorität einzuräumen. Bis 2030 soll er dort mindestens 30 Prozent des Verkehrs ausmachen.
- Beim motorisierten Individualverkehr und beim Güterverkehr auf der Strasse fordert die SP vom Bund entschlossene Schritte zur vollständigen Elektrifizierung. Dazu gehören eine Minimalquote von Elektrofahrzeugen bei allen PW-Neuzulassungen, die gesetzliche Verpflichtung zur Elektrifizierung von Lieferwagenflotten, die Ausstattung von öffentlichen Parkplätzen mit Ladestationen und spätestens ab 2040 ein Verbot von Neuzulassungen von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor.

3.2.2 Digitale Infrastruktur als Gemeinwerk der Zukunft

Die Wirtschaft der Zukunft wird stärker auf digitale Technologien bauen. Um die Schweiz dafür fit zu machen, brauchen wir Investitionen in die Infrastruktur und fortschrittliche Gesetze im Bereich der digitalen Wirtschaft. Die politische Kontrolle über unsere Infrastruktur soll gesichert, der Einfluss globaler Monopolkonzerne bei den Kommunikationsnetzen beschränkt werden. Daten der Behörden sind ebenfalls Teil des Service public. Folgerichtig muss der freie Zugang zu ihnen grundsätzlich gewährleistet sein (Open Government Data). Die Nutzung von Open-Source-Anwendungen im öffentlichen Sektor soll gefördert werden. Damit werden Sicherheit und Flexibilität in der IT-Infrastruktur verbessert, und die Abhängigkeit von globalen Daten- und Software-Monopolisten wird verringert.⁴⁹ Die Entwicklung hin zu einer solidarischen und demokratischen digitalen Gesellschaft soll aktiv gestaltet werden. Das Internet soll Ort der freien Kommunikation sein, der es allen Menschen ermöglicht, am gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben. Gleichzeitig muss die Datensicherheit gewährleistet sein – auch durch die grossen Internet-Monopolisten wie Facebook, Google, Microsoft oder Amazon. Rassismus, Homophobie,

⁴⁹ Das Positionspaper «Internetpolitik» der SP Schweiz setzt sich vertieft mit den genannten Themen auseinander: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/internet_verabschiedet_d_0.pdf.

Diskriminierung, Kinderpornographie, Sexismus, aber auch die Verletzung des Datenschutzes und der Persönlichkeitsrechte müssen im Internet – gemäss unseren Rechtsgrundlagen – aktiv verfolgt und geahndet werden.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die SP fordert die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität, d.h. die diskriminierungsfreie Behandlung des Datenverkehrs im Internet in technischer und kommerzieller Hinsicht.
- Die öffentliche Hand soll Open-Source-Anwendungen und freie Software möglichst breit einsetzen.
- Das Verständnis von Daten als Infrastruktur muss gefördert werden. Es muss Teil des Service public werden, möglichst vielen Menschen Zugriff auf die für das Individuum und die Gemeinschaft relevanten Grundlagendaten zu ermöglichen.
- Alle sollen selbst über die Preisgabe und Verwendung ihrer personenbezogenen Daten bestimmen. Wir fordern insbesondere, dass das Recht auf Kopie der persönlichen Daten (Datenportabilität), das Recht, die Nutzung durch Dritte zu verbieten und Daten löschen zu lassen, sowie das Recht auf Korrektur wirksam durchgesetzt werden.
- Es braucht rechtlich verbindliche Standards für den Umgang mit personenbezogenen Daten für alle, insbesondere für die öffentliche Hand, Betreiber von Internet-Monopolen, Social-Media-Plattformen sowie für die Betreiber und Anbieter von intelligenten Systemen (Such- und Matching-Systeme, Lern- und Entscheidungssysteme, Roboter, autonome Fahrzeuge oder andere KI-basierte Softwaresysteme). Diese Standards müssen von staatlicher Seite festgelegt, überprüft und öffentlich zugänglich gemacht werden.
- Die Kompetenzen im Umgang mit Daten und ein Bewusstsein für Datenschutz müssen auf allen Bildungstufen vermehrt vermittelt werden.
- Die digitalen Giganten (Google, Amazon, Facebook, Alphabet etc.) sind konsequent am Ort der Wertschöpfung zu besteuern. Dies muss auch in jenen Staaten gelten, in denen sie keine Niederlassung haben, aber dennoch hohe Erträge erwirtschaften («GAFA-Steuer»).
- Die zukünftigen Folgen der Digitalisierung für das Steueraufkommen sollen prospektiv untersucht werden und unterschiedliche Lösungskonzepte sollen erforscht werden.
- Der barrierefreie Zugang zu Technologien muss von Bund und Kantonen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, der Forschung und Zivilgesellschaft gefördert werden.
- Die Bundesverwaltung wird aufgefordert, einen Bericht zum Energieverbrauch im Zusammenhang mit der Digitalisierung vorzulegen.

3.2.3 In Forschung und Entwicklung investieren

Forschung ist für unsere Wirtschaft von zentraler und langfristiger Bedeutung. Sie schafft das Wissen, mit dem wir als Land ohne Rohstoffe die künftigen Herausforderungen bewäl-

tigen können. Forschung und Wissen sind als öffentliche Güter zu verstehen, die allen zugutekommen müssen. Der freie Zugang zu Forschungsergebnissen ist ein entscheidender Faktor in einer innovationsgetriebenen Wirtschaft. Deren Forschungsergebnisse müssen allen zugänglich sein. Forschung und Wissenschaft haben einen gesellschaftlichen Wert und eine ebensolche Verantwortung. Ethische Prinzipien, gesellschaftlicher Dialog und Methoden zur Technologiefolgenabschätzung müssen Teil der Forschung und der damit verbundenen Debatten sein.

Dafür setzen wir uns ein:

- Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am BIP muss bis 2030 von knapp 3.4 Prozent (2015) auf mindestens 5 Prozent steigen. Das betrifft alle Bereiche der technischen Wissenschaften und der Naturwissenschaften ebenso wie der Sozial- und Geisteswissenschaften. Priorität hat die Grundlagenforschung.
- Cleantech ist die Branche, die uns hilft, die Abhängigkeit von fossilen Brenn- und Treibstoffen zu überwinden. Sie ist als eine Schlüsselbranche zu behandeln und entsprechend mit Ressourcen auszustatten.
- Die Freiheit von Forschung und Lehre muss gewährleistet sein. Bezüglich Finanzierung muss absolute Transparenz bestehen. Privatwirtschaftliche Interessen dürfen die Forschung und ihre Ergebnisse nicht behindern oder verzerren.
- Öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse sind als offen zugängliche Publikationen zu veröffentlichen. Open Access Research Repositories, in denen alle publizierten Papiere zugänglich sind, müssen für Institutionen und Organisationen Standard sein.
- Generell soll der Sektor «Orientierte Forschung» des Schweizerischen Nationalfonds gestärkt werden. Darunter fallen nationale Forschungsschwerpunkte in für die Schweiz strategisch wichtigen Bereichen (Chemie, Life Sciences, Mikrotechnologie, Data Sciences, künstliche Intelligenz, Sensorik, Robotik, Blockchain, aber auch Innovationen betreffend sicherer Netzwerkarchitekturen und Cyber-Sicherheit). Dabei sollen insbesondere auch allfällige schädliche Aspekte und allfällige Risiken solcher Technologien erforscht werden.

3.2.4 Zukunftsfonds für innovative Unternehmen

Für den Umbau in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaft bedarf es grosser Mengen an Kapital. Ein öffentlicher Zukunftsfonds ist eine Möglichkeit, dieses zu beschaffen. Er würde es zudem ermöglichen, den Prozess demokratisch zu steuern. Innovativen Firmen, die sich um nachhaltige Produkte kümmern und gute Arbeitsplätze schaffen wollen, kann so günstiges Risikokapital zur Verfügung gestellt werden. Mit Beteiligungen an Unternehmen im öffentlichen Interesse verringert der Fonds die Abhängigkeit der Schweiz von ausländischen Investoren und kurzfristigen Managerentscheidungen. Der Fonds kann über Gewinne der Nationalbank, die Ausgabe von Anleihen oder eine Abgabe auf grosses Vermögen finanziert werden. Er soll auch für Beteiligungen von Pensionskassen offen sein.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Schaffung eines öffentlichen Zukunftsfonds mit über 30 Milliarden Franken. Er kann beispielsweise aus freiwillig investierten Pensionskassengeldern finanziert werden. Die Einlagen werden von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) garantiert.
- Der Fonds soll primär Innovationen in bestehende Unternehmen und sekundäre Start-ups in den Bereichen Industrie 4.0 und ökologischer Umbau finanzieren. Die Kredite des Fonds sind (risikobemessen) verzinslich, was sie etwa für Pensionskassen in Zeiten von Tiefzinsen attraktiv macht.
- Gesteuert würde der Fonds von einem tripartiten Ausschuss (Arbeitgeber_innen, Arbeitnehmer_innen, öffentliche Hand). Kreditentscheide fällt ein unabhängiges Investitionskomitee, das sich bei seinen Entscheiden auf die Expertise der öffentlich-rechtlichen Anstalt des Bundes für Innovationsförderung (Innosuisse) stützt.
- Zum Einsatz kommen soll der Fonds ebenfalls bei Verkäufen oder Schliessungen von KMU. Wenn die Mitarbeitenden eine wirtschaftlich nachhaltige Lösung zur Weiterführung des Unternehmens (beispielsweise als Genossenschaft) finden, es ihnen aber am nötigen Kapital für die Übernahme fehlt, sollen sie sich beim Zukunftsfonds um eine Übergangsfinanzierung (5–10 Jahre) bewerben können.
- Der Fonds soll ebenfalls dazu dienen, Unternehmen, die sich zu einem demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaften verpflichten, bei ihrer Gründung mit Kapital auszustatten⁵⁰.

3.2.5 Zukunftsfähige Wirtschaft

In unserem Positionspapier Wirtschaftsdemokratie⁵¹ von 2016 heisst es, dass wir durch den demokratischen, ökologischen und solidarischen Umbau der hiesigen Wirtschaft nicht nur das Leben der Menschen in der Schweiz verbessern. Wir übernehmen damit auch aus einer internationalen Perspektive Verantwortung und leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit auf globaler Ebene. Heute gibt es diverse zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für nachhaltige Formen des Wirtschaftens einsetzen. Gleichzeitig verstehen sich immer mehr Unternehmen, insbesondere KMUs, als «soziale Unternehmen». Solche wirtschaftlichen Aktivitäten sollen durch die Politik gezielt gefördert werden.⁵² Die SP möchte dazu beitragen, dass das sozial-solidarische Unternehmertum vom Ausnahme- zum Normalfall wird. Lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe sollen unter Berücksichtigung ihres ökologischen Fussabdrucks gestärkt werden, so dass möglichst viel Geld im Land bleibt, anstatt an ausländische Konzerne abzufließen. Davon profitieren insbesondere die KMU, welche fast ausschliesslich für den Inlandmarkt produzieren.

Dafür setzen wir uns ein:

⁵⁰ Diese Forderung ist auch Teil des Positionspapiers der SP Schweiz für eine soziale und ökologische Wirtschaftsdemokratie (2016) https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf.

⁵¹ Siehe: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d_0.pdf.

⁵² Siehe dazu den Aktionsplan zum Positionspapier: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/aktionsplan_wirtschaftsdemokratie_de_0.pdf.

- Die gesetzlichen Regelungen zum öffentlichen Beschaffungswesen sollen auf allen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinde) die Grundsätze des sozial-solidarischen Unternehmertums zum Vergabekriterium erheben (z.B. über ein offizielles Label⁵³).
- Wir wollen das Genossenschaftsrecht verbessern, um Neugründungen zu erleichtern und die demokratische Mitwirkung und Kontrolle zu stärken.
- Wir fordern eine neue Rechtsform. Die im angelsächsischen Raum als Benefit Corporation schon existierende gemeinnützige Gesellschaftsform soll in unsere Gesetzgebung Eingang finden und eine bessere Vereinbarung von Gemeinwohl und kommerziellem Nutzen erlauben.
- Die Basisinfrastruktur der Schweizer Wirtschaft (Wasser, Boden, Strom, Bildung, Gesundheit, Mobilität, Post, Kommunikation, etc.) gehört ins Volksvermögen. Die von Unternehmen betroffenen Anspruchsgruppen (Mitarbeitende, Lieferant_innen, Anwohner_innen, etc.) sollen die Möglichkeit haben, zu Miteigentümer_innen der Unternehmen zu werden.
- Die Schuldenbremse ist so umzugestalten, dass sie Bund und Kantone besser erlaubt, antizyklisch zu investieren und der Ungleichheit der Staaten entgegenzuwirken.

3.2.6 Finanzwirtschaft stabilisieren

Stabile Finanzinstitute sind ein wichtiger Teil der Wirtschaft. Sie sorgen für einen Teil des Zahlungsverkehrs und stellen die nötigen Mittel zur Verfügung, damit Wirtschaft und Unternehmen sich entwickeln können. Heute ist das zu wenig der Fall. Viele Kredite fliessen in wenig nachhaltige Investitionen. Immer mehr Anleger investieren in sogenannte Indexfonds, von denen grosse Konzerne aus aller Welt profitieren. Es werden zahlreiche Spekulationsgeschäfte betrieben, die wenig mit der Realwirtschaft zu tun haben. Noch sind die Ursachen der letzten Finanzkrise nicht beseitigt. Das alles birgt ein erhebliches Risiko für die wirtschaftliche Stabilität unseres Landes. Deshalb braucht es weitere Korrekturen. Wichtig ist, dass die grossen Schweizer Banken über genügend Eigenmittel verfügen, so dass sie eine Finanzkrise ohne staatliche Hilfe bewältigen können. Ihr Eigenhandel muss eingeschränkt, die Ausgabe von Derivaten kontrolliert werden.

Dafür setzen wir uns ein:

- Das Systemrisiko der Grossbanken muss mit verschärften Eigenmittelvorgaben weiter verringert werden. Die SP fordert bei der Eigenkapitalquote ein hartes Kernkapital von mindestens 10 Prozent.
- Die Finanzmarktaufsicht muss mit genügend personellen Ressourcen und unabhängigen Expert_innen verstärkt werden, um die Finanzinstitute besser zu kontrollieren.
- Sämtliche Einkommensbestandteile inkl. Boni und weitere Leistungs- und Ergebniskomponenten, die ein Lohnverhältnis von 1:12 gegenüber dem niedrigsten Gehalt innerhalb der Unternehmung bzw. des Konzerns übersteigen, sind mit einer Steuer von gesamthaft mind. 50% zu besteuern.

⁵³ Beispiel: https://www.apres-ge.ch/sites/default/files/Kriterien_fur_die_Aufnahme_in_die_Genfer_Kammer_0.pdf.

- Das grosse Vermögen der institutionellen Anleger (Pensionskassen, AHV, SUVA und SNB) soll nachhaltig angelegt werden. Ethisch verwerfliche und umweltzerstörende Investitionen wie die Förderung von fossilen Brennstoffen sollen ausgeschlossen werden.
- Währungsstabilität und Vollbeschäftigung müssen endlich zu gleichberechtigten Zielen der Schweizer Geldpolitik werden. Die Nationalbank soll sich auf das Pariser Klimaziel verpflichten.
- Ein angemessener Teil der Gewinne der SNB aus ihren Devisenreserven soll dem Vorsorgesystem zugutekommen.
- Die Schweizerische Nationalbank SNB soll neben Noten und Münzen neu auch elektronische Schweizer Franken herausgeben. Dies führt zu einer Stabilisierung der Finanzwirtschaft, einer stärkeren demokratischen Kontrolle des Finanzsystems und höheren Gewinnen für die Allgemeinheit.
- Die Übernahme von strategisch wichtigen Unternehmen durch ausländische Investoren, das heisst von Unternehmen, die «systemrelevant» sind, soll einer Bewilligungspflicht unterstellt werden. Dazu gehören vor allem auch Unternehmen, die zentrale Infrastrukturen zur Verfügung stellen.

3.3 Starkes Gemeinwesen

3.3.1 Öffentliche Dienstleistungen stärken

Was in früheren Zeiten die Allmenden waren, sind heute öffentliche Güter und Dienstleistungen, die allen gehören und über die alle mitbestimmen. Der Geist der Allmenden hat Jahrhunderte überdauert und prägt bis heute unsere «Eid-Genossenschaft». Wir haben – auch dank der SP – nicht wie andere Länder den Fehler gemacht, wichtige Infrastrukturen und zentrale öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren und dem Markt zu überlassen. Das wollen wir auch in Zukunft nicht. Die SP wird weiterhin gegen die rechten Privatisierungsphantasien ankämpfen und sich für einen starken öffentlichen Dienst im Interesse der Allgemeinheit einsetzen. Der Service public in der Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte. Die Schweiz bietet namentlich bei Post-, Bahn- und Kommunikationsangeboten einen weltweit fast einmaligen Service, was Sicherheit, Qualität, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit sowie die Erschließung aller Regionen angeht. Gerade auch im Sorgewesen hat die öffentliche Trägerschaft Tradition. So wurden aus Bürgerasylen moderne Alters- und Pflegeheime. Diese Errungenschaften sind mitverantwortlich für unseren Wohlstand und volkswirtschaftlich von immenser Bedeutung. Durch grossangelegte Sparprogramme bei Bund, Kantonen und Gemeinden steht der Service public aber unter Druck. Die Folge sind Personalabbau, Privatisierungen und Auslagerungen, welche die Grundversorgung verschlechtern und verteuern.

Dafür setzen wir uns ein:

- Der flächendeckende, kontinuierliche und einfache Zugang zu einem qualitativ hochstehenden Service public mit fairen Preisen für alle Menschen in allen Regionen

muss langfristig sichergestellt sein. Auf weitere Liberalisierungen oder gar Privatisierungen ist zu verzichten. Spitäler, Alters- und Pflegeheime sowie Spitex dürfen nicht der Renditelogik unterstellt werden, unabhängig davon, ob ihre Trägerschaft öffentlich ist oder privat.

- Jede Person muss unabhängig von Lebenssituation, finanziellen Möglichkeiten, Alter, Gesundheit, Geschlecht und Bildungsstand Zugang zu den Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung haben.
- Den Bedürfnissen der Rand- und Bergregionen ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Preise müssen weiterhin innerhalb eines Sektors in allen Landesregionen gleich sein («System Briefmarke»).
- Bei den Arbeitsbedingungen in Unternehmen des Service public müssen verbindliche, in einem GAV festgeschriebene Vorgaben gelten. Dazu gehören beispielsweise Gleichstellung, Stellen für Menschen mit Behinderung sowie ein gutes Angebot an Praktikums- und Lehrlingsplätzen. Lohn- und Sozialdumping sind auszuschliessen. Das gilt auch für ausgelagerte Unternehmenseinheiten.
- Unternehmen und Bereiche des Service public müssen die natürlichen Ressourcen schützen.
- Die strategischen Ziele bei Post, SBB und Swisscom müssen langfristig die Erwartungen an eine flächendeckende, allen zugängliche, qualitativ hochwertige Grundversorgung abbilden.
- Unternehmen, welche Güter der Grundversorgung bereitstellen, verzichten auf das Erzielen branchenüblicher Renditen und bezahlen der Unternehmensleitung keine Boni aus.
- Bereits erfolgte Privatisierungen wichtiger Service-public-Infrastrukturen sind zu konsolidieren und ggf. rückgängig zu machen. Aktiengesellschaften des Service public dürfen keine nicht-staatlichen Akteure als Aktionäre akzeptieren und sie sollten nach Möglichkeit in öffentlich-rechtliche Anstalten umgewandelt werden, sodass die demokratische Kontrolle gestärkt wird.

3.3.2 Bodenrente gerechter verteilen

Wohnen ist kein gewöhnliches Konsumgut. Jeder und jede muss wohnen. Boden wiederum ist ein besonderes Wirtschaftsgut, weil es nur begrenzt zur Verfügung steht und sich nicht vermehren lässt. Das Angebot ist limitiert. Eine steigende Nachfrage durch Bevölkerungswachstum, Zuwanderung, Alterung der Gesellschaft, Individualisierung oder steigende Scheidungsraten führt zu einer ungebremsten Preisentwicklung, welche die Kaufkraft der Haushalte zunehmend belastet und die Sozialausgaben der Kantone und Gemeinden in die Höhe treibt. Menschen mit tiefen Einkommen können sich heute häufig marktübliche Wohnpreise nur dann leisten, wenn sie vom Staat mit Ergänzungsleistungen unterstützt werden. Auch viele KMU leiden unter den steigenden Bodenpreisen. Der Markt versagt hier: Er kann Angebot und Nachfrage nicht in Einklang bringen. Der Staat muss deshalb eine aktive Rolle spielen, indem Bund, Kantone und Gemeinden den öffentlichen Erwerb von Liegenschaften fördern und den Besitz an öffentlichen Liegenschaften schützen. Öffentlicher Grund und Boden soll grundsätzlich nicht an Private veräussert werden können, sondern im Baurecht

für nicht profitorientierte Nutzungen zur Verfügung gestellt werden. Damit hatte die Schweiz Jahrhunderte lang Erfahrung. Eine gemeinnützige Bodenpolitik ist mehrheitsfähig, die Genossenschaft eine urschweizerische Tradition. So könnten die volkswirtschaftlich schädlichen Auswirkungen der Bodenspekulation verhindert und der Umgang mit dem Boden zugunsten der Allgemeinheit und des Gewerbes reguliert werden.

Dafür setzen wir uns ein:

- Bund, Kantone und Gemeinden betreiben eine aktive Bodenpolitik. Sie fördern den Erwerb von Boden und Liegenschaften durch die öffentliche Hand.
- Steigerung des Anteils gemeinnütziger Wohnungen am Gesamtbestand (heute: 5 Prozent). Boden im Besitz von Bund, Kantonen und Gemeinden darf grundsätzlich nicht an Private verkauft, sondern vielmehr ausschliesslich im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger (Genossenschaften und gemeinnützigen Stiftungen) abgegeben werden.
- Die öffentliche Hand muss über ein Vorkaufsrecht für Land und Immobilien verfügen: Der Bund sowie staatliche Betriebe wie SBB und Post müssen bei Verkaufsabsichten ihr Land und die Immobilien zuerst den Kantonen und dann den Standortgemeinden zum Kauf anbieten.
- Die Zonenplanung muss für die Ausscheidung von Zonen für gemeinnützige Wohnbauten und günstige Räume für das Kleingewerbe sorgen.
- Es braucht eine konsequente Mehrwertabschöpfung in den Kantonen bei Ein- und Aufzonungen gemäss revidiertem Raumplanungsgesetz. Die Einnahmen sind gezielt für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu verwenden.
- Der Zugriff ausländischer Geldgeber, Konzerne oder Fonds auf Schweizer Immobilien muss eingeschränkt werden, um die Überhitzung des Immobilienmarktes zu verhindern.
- Pensionskassen müssen verpflichtet werden, über ihre Anlagestrategien einen festen Anteil des Kapitals in den Bau kostengünstiger Wohnungen zu investieren.
- Auf dem Wohnungsmarkt sind die Machtverhältnisse sehr ungleich. Die SP fordert deshalb ein stark ausgebautes Mietrecht mit wirksamem Schutz vor unbegründeten Kündigungen sowie Transparenzpflicht beim Anfangsmietzins.
- Um die Immobilienspekulation bekämpfen zu können, muss die öffentliche Hand das Recht haben, die Freigabe von Wohnungen für den Markt anzuordnen.

3.3.3 Kaufkraft der tiefen und mittleren Einkommen stärken

60 Prozent der Schweizer Wirtschaftsleistung wird durch die Binnennachfrage generiert. Durch überteuerte Mieten und die Kopfprämien der Krankenkassen wird insbesondere bei den geringen und mittleren Einkommen die Kaufkraft geschmälert. Zudem kommen die Schweizer Unternehmen unter Lohndruck. Dies gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der Export-Industrie. Deshalb soll die Politik dafür sorgen, dass die Kosten namentlich für Mieten, aber auch für Krankenkassenprämien und Gebühren für alle bezahlbar sind. Über ein wirksames Kartellgesetz und die Zulassung von Parallelimporten muss die Hochpreisinsel

Schweiz bekämpft werden. Die Immobilien- und Bodenspekulation muss eingedämmt, der nicht profitorientierte Wohnungsbau gestärkt werden. Der Import fossiler und nuklearer Energieträger (im Wert von 10 bis 13 Milliarden Franken pro Jahr) ist massiv zu reduzieren, und zwar zugunsten erneuerbarer einheimischer Energiequellen.

Dafür setzen wir uns ein:

- In der Schweiz sind die Mieten um 40 Prozent zu hoch. Die Mieten müssen auf das Niveau der Kostenmiete reduziert werden. Neben der Förderung des gemeinnütziges Wohnens soll sichergestellt werden, dass die Hypothekarzinsenkungen an die Mietenden weitergegeben und die Anfangsmieten nicht überhöht angesetzt werden
- Die Prämien der Krankenversicherung müssen auf 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens begrenzt werden. Die Selbstbehalte und Grundfranchisen dürfen nicht erhöht werden.
- Wir fordern den Abbau von technischen und privaten Handelshemmnissen, die den Import günstiger Produkte aus dem EU-Raum verhindern. Günstige Parallelimporte fordern wir zudem bei patentgeschützten Gütern. Insbesondere die Preise von Generika müssen massiv gesenkt werden.
- Die Gesetze zum Konsument_innenschutz müssen verbessert und mindestens auf EU-Niveau gebracht werden. Beispiele hierfür sind das Widerrufsrecht im Online-Handel oder die Garantiefristen für Gebrauchsgüter.
- Es braucht einen neuen Anlauf zu einer Revision des Kartellgesetzes, damit Preisabsprachen und damit zu hohe Preise effizient bekämpft werden können.

3.3.4 Gleichstellung schaffen, Carearbeit aufwerten

Wir fordern Chancengleichheit und wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle. Dafür muss die Care- und Sorgearbeit aufgewertet werden. Sie bezeichnet alle Formen der bezahlten und unbezahlten Arbeit in den Bereichen Kinderbetreuung, Alten- und Krankenpflege sowie Hausarbeit. Ohne sie würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Der grössere, unbezahlte Teil der Carearbeit wird von Frauen geleistet, wobei keine Trendwende in Sicht ist. Oft fehlt es an Teilzeitstellen für Frauen oder Männer. Immer noch gibt es Gemeinden mit ungenügendem Angebot zur Betreuung von Kindern oder Kranken. Die Schweiz investiert verglichen mit anderen OECD-Ländern viel zu wenig in die familienergänzende Kinderbetreuung.

Wer viel unbezahlte Carearbeit leistet, ist in doppelter Hinsicht finanziell benachteiligt: Er oder sie erhält dafür keinen Lohn und hat gleichzeitig weniger Zeit für Erwerbsarbeit. Am Schlimmsten trifft es jene, die unentgeltlich ihre Angehörigen pflegen. Ihre wichtige und wertvolle Tätigkeit kann zur Armutsfalle werden, vor allem dann, wenn sie sich nicht mit der beruflichen Tätigkeit vereinbaren lässt. Es mangelt an beruflichen Aufstiegschancen für jene, die nicht in der Lage sind, Vollzeit zu arbeiten, das heisst mindestens 40 Stunden pro Woche einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Das ist ein wesentlicher Grund für die Lohndiskriminierung der Frauen. Nicht viel besser sieht es bei der bezahlten Carearbeit aus (Pflege-, Betreuungs-, Erziehungsberufe): Trotz immenser Nachfrage nach Fachkräften geraten dort die Löhne und Arbeitsbedingungen unter Druck. Damit wir die Krise der Carearbeit in den Griff bekommen, braucht es einen Wertewandel und politische Massnahmen. Öffentliche Mittel

sind so einzusetzen, dass der Zugang zu Pflege und Betreuung für alle erschwinglich ist. Flächendeckende öffentliche und bezahlbare Betreuungsangebote sollen die beruflichen Möglichkeiten verbessern. Die patriarchale Herrschaft akzeptieren wir nicht mehr. Solange die Männer erdrückende Mehrheiten in den leitenden Gremien der Unternehmen und der Regierungen stellen, braucht es Frauenquoten. Sie sind ein zentrales Element für die Demokratisierung der Wirtschaft.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann muss endlich umgesetzt werden. Auch Diskriminierungen von Frauen bei der Alters- und Hinterlassenenvorsorge darf es nicht mehr geben. Dazu braucht es gesetzliche Massnahmen. Handlungsbedarf besteht nicht nur bei der sogenannten unerklärlichen Lohndifferenz, sondern insbesondere auch im Bereich der «typischen Männer- und Frauenberufe», die finanziell noch immer nicht gleich bewertet werden. Dazu braucht es Lohntransparenz, Frauenquoten für Kaderpositionen und flexible Arbeitszeitmodelle.
- Das Angebot an ausserfamiliären und ausser-schulischen Kinderbetreuungsplätzen muss erweitert und gefestigt werden. Ganztagschulen sollen zum Standard werden. Diese Angebote sollen wie in vielen anderen Ländern grundsätzlich kostenlos sein. Sie sollen nicht über komplizierte einkommensabhängige Kostenbeteiligungen der Eltern finanziert werden, sondern über eine höhere Steuerprogression oder Kapitalgewinnsteuern.
- Es braucht mehr Möglichkeiten für Teilzeitarbeit, für Frauen und für Männer.
- Wir fordern die Einrichtung eines Systems von Unterstützungsbeihilfen. Die Behörden müssen die Qualität der Versorgung von Pflegebedürftigen sicherstellen. Dies bedingt öffentliche Unterstützung für stationäre, semi-stationäre und ambulante Strukturen sowie die Förderung von betreutem Wohnraum. Dieser dient dazu, den Eintritt in das Alters- und Pflegeheim zu verzögern und gleichzeitig die Autonomie der Betroffenen zu gewährleisten. Jeder und jede muss Zugang zu diesen Angeboten haben, unabhängig von den eigenen finanziellen Möglichkeiten.
- Pflegeurlaub: Menschen die sich alleine um pflegebedürftige Angehörige kümmern, sollen Anrecht auf einen bezahlten Betreuungsurlaub haben (analog zum Elternurlaub). Der Staat sorgt für kostenlose Unterstützungsangebote.
- Viele Menschen, die nicht oder nur zu einem geringen Prozentsatz berufstätig sind, leisten Arbeit, die gesellschaftlich unverzichtbar ist. Dafür müssen sie angemessen entschädigt und vor Armut geschützt werden. Die Einführung einer allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV) ist der von der SP favorisierte Lösungsansatz. Dabei müssen auch nicht oder nur geringfügig Erwerbstätige voll abgesichert werden.

3.3.5 Kapitaleinkommen und Finanztransaktionen besteuern

Um zukunftsfähige Infrastruktur aufzubauen, um in Bildung, Forschung und Entwicklung zu investieren, braucht die öffentliche Hand zusätzliche Einnahmen. Diese sollen gleichzeitig für einen besseren Ausgleich zwischen den wenigen Reichen und der Mehrheit sorgen.

Wenn die Menschen mit grossem Vermögen heute immer reicher werden, die grosse Mehrheit hingegen wirtschaftlich kaum vom Fleck kommt, hat das viel mit der Entwicklung des Steuersystems zu tun. Denn die bürgerliche Mehrheit in diesem Land hat die Steuern vor allem für diejenigen gesenkt, die andere für sich arbeiten lassen. Wer Lohn oder Altersvorsorge bezieht, wurde kaum entlastet, Konsument_innen wurden sogar stärker belastet. In der Schweiz markierte die Unternehmenssteuerreform I von 1998 den ersten Einschnitt. Mit dieser Reform wurden Sondertarife für Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften eingeführt sowie die Abschaffung der Kapitalsteuer auf Bundesebene beschlossen. Die Unternehmenssteuerreform II (2006) führte die Teilbesteuerung der Dividenden und das Kapitaleinlageprinzip ein. Die Sätze zur Besteuerung des Kapitals wurden in den Kantonen, beim Bund und weltweit gesenkt. Ausgerechnet die grössten Profiteure der wirtschaftlichen Entwicklung profitierten am meisten von diesen Steuerreformen und Steuersenkungen – nämlich die internationalen Unternehmen mit hohen Gewinnen und ihre Geldgeber. Hier braucht es eine Korrektur. Dividenden, Gewinne, Kapitalrenditen, Wertvermehrungen von Immobilien oder Erbschaften sind höher zu besteuern. Wenn die nötigen Investitionen finanziert sind und finanzieller Spielraum besteht, sollen dafür die Gebühren sowie die Mehrwert- und allenfalls die Einkommenssteuern gesenkt werden.

Dafür setzen wir uns ein:⁵⁴

- Eine international koordinierte Finanztransaktionssteuer. Sie soll helfen, die Investitionen in den Bereichen Forschung, Bildung und Energiewende zu finanzieren. Zudem ist sie ein Instrument zur Eindämmung unproduktiver Spekulationsgeschäfte.
- Die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer und die Erhöhung der Steuern auf sehr grossen Vermögen. Die so erzielten Einnahmen sollen zur Erhöhung der AHV-Renten genutzt werden (Finanzierung der AHV: Erhöhung des Bundesanteils gemäss Bundesverfassung Art. 112 Abs. 4). Die Erhöhung soll die reale Existenzsicherung sicherstellen.
- Eine Rücknahme der Steuergeschenke an Aktionärinnen und Unternehmer, wie sie durch die teilweise Steuerbefreiung von Dividendeneinkommen und die Einführung des Kapitaleinlageprinzips mit der Unternehmenssteuerreform II geschaffen worden sind. Die SP fordert ein Verbot aller steuerfreien Auszahlungen, unabhängig von ihrer Form.
- Ebenso müssen die Schlupflöcher und Ausnahmen bei Klima- und Umweltabgaben beseitigt werden. Ansonsten riskieren wir, dass diese Abgaben nur noch durch jene getragen werden, die sich ihnen nicht entziehen können, beispielsweise durch die Mieter_innen via Nebenkosten.
- Die Einführung einer progressiven Kapitalgewinnsteuer als Korrektur der Besteuerungslücke von Kursgewinnen, Wertpapieren und Sachwerten. Kapitaleinkommen sollen stärker besteuert werden als Arbeitseinkommen, wie dies auch die 99%-Initiative der JUSO fordert.

⁵⁴ Vgl. SP-Grundsatzpapier Steuergerechtigkeit: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/grundsatzpapier_steuergerechtigkeit_de_1.pdf.

- Keine neuen Steuerdumpingkonstrukte, welche international umstritten sind und zu grossen Steuerausfällen führen. Die Schweiz errichtet ein Steuersystem, das internationalen Standards entspricht und hilft tatkräftig mit, diese internationalen Standards so weiter zu entwickeln, dass die internationale Steuerhinterziehung erfolgreich bekämpft werden kann. Selbstverständlich muss die Schweiz auch das hauseigene Problem lösen und die Steuerhinterziehung im Inland bekämpfen (siehe Kp 3.4.3).
- Gesetzliche Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Verwaltungsrät_innen von Schweizer Firmen, was die Steuerpolitik und die Steuerstrategie des jeweiligen Unternehmens betrifft.
- Schweizweite Harmonisierung der Unternehmenssteuersätze.
- Die Mechanismen zur Reduktion der Ungleichheit zwischen den Kantonen müssen verbessert werden, so dass alle Regionen des Landes aktiv an der Entwicklung des Landes teilhaben können.
- Gewinnausschüttungen von Unternehmen, die ihren Sitz in der Schweiz haben, sollen AHV-pflichtig werden.

3.4 Internationales Engagement

3.4.1 Engagement für mehr Gerechtigkeit

Die Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist geprägt von grosser Ungleichheit und vielen kriegerischen Konflikten. Auch die Folgen der Klimaerwärmung werden Jahr für Jahr deutlicher: Trockenheit, Stürme und Überschwemmungen nehmen zu.

Globalisierung bedeutet deshalb nicht zuletzt auch globale Migration. Noch nie waren so viele Menschen unterwegs, sei es auf der Flucht vor Krieg und Unterdrückung, sei es auf der Suche nach Perspektiven und einem gerechten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum.

Die Globalisierung hat in verschiedenen Schwellenländern und im globalen Süden Hunderte von Millionen neuer Arbeitsplätze und eine neue Mittelschicht geschaffen. Eine falsche neoliberale Politik hat aber gleichzeitig viele Menschen im Norden abgehängt. Für sie entpuppte sich die Globalisierung als leeres Versprechen. Sie empfinden Unsicherheit und Kontrollverlust. Wer das Gefühl hat, dass die eigene Welt aus den Fugen gerät, möchte sich dagegen schützen, sucht Halt. Dieser legitime Wunsch dient den rechten Parteien, die weltweit zulegen, als Nährboden. Sie sprechen bestehende Probleme an, die entstehen, wenn sich Konzerne und Geldgeber nur um ihre Rendite kümmern, bieten aber keine zukunftsfähigen Lösungen an. Im Gegenteil: Ihr Ziel ist die Umdeutung des tatsächlich existierenden sozialen Konflikts zwischen den Interessen des Kapitals und den Interessen der grossen Mehrheit in einen Konflikt zwischen denen, die dazugehören, und denen, die nicht dazugehören, weil sie aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihres Glaubens anders sind. Sie versprechen Schutz durch Ausgrenzung. Die rechtspopulistischen Parteien hantieren mit einfachen Rezepten und vielfach mit autoritären, anti-demokratischen Scheinlösungen. Das ist brandgefährlich. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat uns gezeigt, wohin das führen kann.

Die SP ist überzeugt, dass Abschottung und Ausgrenzung die Probleme vergrössern werden, statt sie zu lösen. Wir setzen uns deshalb für eine Reform der internationalen Organisationen ein. Denn globale Probleme lassen sich nur global lösen.

Ohne eine starke multilaterale Politik und starke internationale Organisationen wird die globalisierte Wirtschaft nie im Dienste aller stehen. Die SP setzt sich für eine aussenpolitisch aktive Schweiz ein. Unser Land ist kein Kleinstaat. Vielmehr gehört es wirtschaftlich zu den globalen Top 20 und als Finanz- und Rohstoffhandelsplatz zu den Top 5. Die SP steht dafür, dass die Schweiz ihren Einfluss zugunsten einer weltweit nachhaltigen Entwicklung geltend macht. Dazu arbeiten wir mit Partnern wie der SP Europa und der Progressive Alliance zusammen.

Die Weltwirtschaft darf nicht durch entfesselte Profitgier gesteuert werden, sondern muss durch starke internationale Organisationen und einen rechtlichen Rahmen gestaltet werden. WTO-Recht und Handelsabkommen müssen dem Gemeinwohl dienen. Sie dürfen niemals die demokratischen Rechte zum Umweltschutz oder der sozialen Sicherheit einschränken. Dementsprechend dürfen Investitionsschutzabkommen nicht einfach den multinationalen Konzernen und ihren Geldgebern dienen, sondern müssen einen verbindlichen gesellschaftlichen Nutzen einfordern. Die Agenda 2030 der UNO ist ein Ansatzpunkt für eine zeitgemässe Handelspolitik.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Schweiz macht sich ohne Wenn und Aber für ein durchsetzbares internationales Recht stark. Ohne starke rechtliche Schranken wird der Schwache gegenüber dem Mächtigen in einer globalisierten Weltwirtschaft stets den Kürzeren ziehen.
- Das WTO-Schiedspanel hat durchgesetzt, dass nachhaltig hergestellte Waren (d.h. klima-, natur- und tierfreundlich produziert) und Dienstleistungen gegenüber solchen bevorzugt werden, die unfair und klimaschädlich produziert worden sind. Wir fordern, dass die Schweiz in all ihren Wirtschaftsabkommen nachhaltigen Produktionsmethoden einen zentralen Stellenwert einräumt. Sie sollen rechtsverbindlich durchgesetzt werden können. Ökologisch unsinnige und klimaschädliche Ferntransporte (z.B. Granitquader aus China) sind zu vermeiden.
- Wer Waren menschenrechtswidrig herstellt, auf Korruption und Dumping zurückgreift oder die Umwelt verschmutzt, betreibt unlauteren Wettbewerb und muss von Schweizer oder internationalen Gerichten unabhängig vom Ort der Handlung verfolgt werden können. Die Schweiz macht sich für eine internationale CO₂-Abgabe stark.
- Freihandelsabkommen greifen immer tiefer in Bereiche ein, die in einem demokratischen Rechtsstaat Sache des Parlaments sind. Ein Aussenwirtschaftsgesetz soll darum verhindern, dass die Schweiz Abkommen unterschreibt, die unsere Demokratie aushöhlen.
- Investitionsschutzabkommen hebeln den innerstaatlichen Rechtsweg aus und werden dazu missbraucht, beteiligte Staaten an der Durchsetzung ihrer Arbeits- und Umweltschutzstandards zu hindern. Investitionsschutz muss deshalb enger definiert werden. Er soll nur noch vor tatsächlicher Enteignung schützen und nur noch bei Investitionen zum Zug kommen, die mit den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 im Einklang stehen.

- Die Schweizer Aussenpolitik muss sich für eine Stärkung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO einsetzen. Diese soll auf derselben Entscheidungsebene wie IWF, Weltbank und WTO mitwirken.
- Die Schweiz trägt zu einer gerechteren und nachhaltigeren wirtschaftlichen Entwicklung bei. Gestützt auf die technologischen Kompetenzen, die unsere Wirtschaft und unsere Forschungszentren auszeichnen, hilft die Schweiz mit, eine nachhaltige Landwirtschaft zu entwickeln, den Zugang zu sauberen Energiequellen zu erleichtern, die Recycling-Kreislaufwirtschaft zu verbessern sowie ressourcenschonenden Produktionsweisen und Produkte zu fördern. Ausserdem verfügt die Schweiz über Forschungseinrichtungen im Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften mit grosser Reputation. Diese sollen dazu beitragen, die gesellschaftlichen Auswirkungen der technologischen Entwicklung zu verstehen und zu antizipieren und sollen die weltweite Wirtschaftsentwicklung wissenschaftlich begleiten. Die Schweiz fördert die genannten Bereiche mit einer Politik, die Bildung, Forschung und Entwicklung unterstützt.
- Die Spekulation mit Rohstoffen muss in der Schweiz verboten werden.

3.4.2 Entwicklungszusammenarbeit ausbauen

Die Agenda 2030 der UNO bildet mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen und 167 Unterzielen ein umfassendes Regelwerk für den nachhaltigen Umbau in sämtlichen Politikbereichen. Schwerpunkte sind: die Umlenkung der globalen Investitionsströme, die Austrocknung der unrechtmässigen Finanzflüsse, menschenwürdige Arbeit, sozialer Basisschutz (*social protection floor*), Zusammenführen der Entwicklungs- mit der Friedensagenda sowie die Gleichstellung der Geschlechter. Zur Verwirklichung der Agenda 2030 rechnen UNO-Expert_innen mit einem jährlichen Investitionsbedarf von 3.5 bis 5 Billionen Dollar. Das ist eine Summe, welche die weltweite öffentliche Entwicklungshilfe um das 25- bis 35-fache übersteigt.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die SP fordert eine konsequente Unterstützung progressiver, global tätiger Nichtregierungsorganisationen durch die Schweizer Aussenpolitik. Damit wird die globale Zivilgesellschaft gestärkt.
- Die Schweizer Aussenwirtschaft darf nicht jenen Kräften in die Hände spielen, die Gewalt ausüben, Macht missbrauchen und Korruption als Geschäftsmodell einsetzen. Entwicklungspolitik und Friedenspolitik sind nicht voneinander trennbar. Die SP fordert deshalb ein Verbot von Schweizer Waffenexporten sowie den Import von Blut-Mineralien in die Schweiz.
- Die Schweiz muss Gleichstellung zu einem Hauptziel ihrer Wirtschaftspolitik machen und die volle Teilhabe von Frauen sowie die Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung in Politik und Wirtschaft sicherstellen.
- Die Schweiz muss die Chancengleichheit zu einem Hauptziel ihrer Innen- und Aussenpolitik machen. Gleiche Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten müssen für alle möglich sein, ohne Rücksicht auf Herkunft und soziale Verhältnisse.

- Die soziale Dimension der Weltwirtschaft muss den Schwerpunkt der Umsetzung der Agenda 2030 durch die Schweiz bilden. Dazu gehören die Sicherstellung menschenwürdiger Arbeit und der soziale Basisschutz.

3.4.3 Steuervermeidung bekämpfen

Wir sind nicht mehr bereit, höhere Steuern zu zahlen, weil Reiche und Multis mit Unterstützung von Steuerberatern ihre Gelder verstecken. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Steuerflucht beendet wird. Wir unterstützen die Bemühungen der UNO und der OECD zur weltweiten Schliessung von Steuerschlupflöchern. Die Schweiz soll auf internationaler Ebene Mindeststeuersätze sowie wirkungsvolle Massnahmen im Rahmen des BEPS-Projekts der OECD (base erosion and profit shifting) fordern und dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir fordern, dass auch innerhalb der Schweiz die Steuerhinterziehung und -vermeidung wirksam gestoppt wird. Die Schweiz muss sich auf internationaler Ebene für die Austrocknung von Steueroasen und die Bekämpfung von Steuervermeidungsstrategien einsetzen. Sie darf den internationalen Steuerwettbewerb nicht weiter anheizen. Sollten sich Kryptowährungen als global akzeptiertes Zahlungsmittel durchsetzen, müssen Wege gefunden werden, auch diese Geldflüsse transparent zu machen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Banken sollen nicht nur ins Ausland, sondern auch den Schweizer Steuerbehörden den Kontostand und Kontoertrag ihrer Kund_innen melden müssen (Automatischer Informationsaustausch, AIA).
- Wir fordern Transparenzvorschriften im Rechnungslegungsrecht für multinationale Unternehmen, damit die Verschiebung der Gewinne in Steuertiefländer unterbunden und Korruption wirksam bekämpft werden kann (*country by country reporting*). Wir unterstützen eine länderweise Besteuerung nach erbrachter Wertschöpfung, wie dies die OECD mit dem Projekt BEPS vorsieht.
- Alle Klauseln im nationalen und zwischenstaatlichen Recht, die im Inland oder grenzüberschreitend die Amts- und Rechtshilfe in Steuerfragen einschränken oder eine Vorinformation an Betroffene vorsehen, müssen aufgehoben werden.
- Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit soll in ihren Partnerstaaten zum Aufbau leistungsfähiger und transparenter Steuersysteme beitragen, die wirksam gegen Steuervermeidung vorgehen. Besonders dringend ist der Aufbau wirksamer Strategien gegen die Steuervermeidung im Rohstoffhandel.
- Wer in Tiefsteuerländern und Offshore-Plätzen Konten und Briefkastenfirmen unterhält, muss diese registrieren lassen und die wirtschaftlich Berechtigten offenlegen. Alle Finanzflüsse mit Offshore-Gesellschaften sollen einer Sicherungssteuer unterstellt werden, die erst bei Schaffung voller Steuertransparenz zurückgefordert werden kann.
- Die SP unterstützt internationale schwarze Listen und das Verbot von Geschäftsbeziehungen mit nicht kooperativen Tiefsteuerorten.
- Die Unabhängigkeitsvorschriften bei den Revisionsunternehmen sind so zu verschär-

fen, dass die Modellierung, Beratung und Mitwirkung bei Steueroptimierungsstrukturen mit der Zulassung als Revisionsunternehmen nicht mehr vereinbar sind.

- Die Schweiz muss frühzeitig auf nationaler und internationaler Ebene wirksame Vorkehrungen treffen, damit Kryptowährungen nicht für Steuervermeidung, Geldwäscherei und andere unrechtmässige Finanzflüsse missbraucht werden.

3.4.4 Gute Beziehungen zu Europa

Auch wenn uns dies gewisse politischen Kräfte gerne erzählen: Die Schweiz ist keine Insel, und ist es auch nie gewesen. Wir sind seit jeher eng mit Europa verbunden. Für die Schweiz steht Europa im Zentrum des Aussenhandels und der Migration: 2016 waren 60 Prozent der Ein- und 56 Prozent aller Ausgewanderten europäische Staatsangehörige⁵⁵. Fast die Hälfte der Schweizer Exporte gingen 2017 nach Europa, 93 Prozent davon in EU-Mitgliedsländer. 60 Prozent der Importe kommen aus Europa, 97.5 Prozent davon aus EU-Mitgliedsländern⁵⁶.

Das Image der europäischen Institutionen, insbesondere das der EU, ist zurzeit schlecht. Viele Missstände, die in Wirklichkeit populistische oder konservative Regierungen der Mitgliedsstaaten zu verantworten haben (beispielsweise die verheerenden Auswirkungen der Austeritätspolitik in Südeuropa), werden pauschal «Brüssel» in die Schuhe geschoben. Auf der anderen Seite wird von der europäischen Einigung nach wie vor viel erwartet – zu Recht, da die meisten heutigen Herausforderungen nicht mehr auf nationaler Ebene zu bewältigen sind. Die Erfahrung zeigt, dass Europa lernfähig ist. Allen Unkenrufen zum Trotz ist die EU unter dem Strich eine kulturelle, wirtschaftliche und friedenspolitische Erfolgsgeschichte. Die gemeinsame Wirtschaftspolitik versöhnte die ehemaligen Erzfeinde Deutschland und Frankreich und brachte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine nie dagewesene Periode der Stabilität, des Friedens und des wachsenden Wohlstands. Die SP befürwortet darum eine weitergehende europäische Einigung⁵⁷.

Unter den globalen Akteuren vertritt die EU in den meisten Fällen die fortschrittlichsten Positionen. Wo es global um Menschenrechte, inklusive Gesellschaft, Klimaschutz, Kampf der Straflosigkeit und Stärkung des Völkerrechts geht – stets ist es die EU, welche jene Positionen vertritt, die am ehesten sozialdemokratischen Werten entsprechen. Will die Schweiz mehr Einfluss auf die Entwicklung der Globalisierung nehmen, kann sie weit mehr erreichen, wenn sie sich eng mit der EU koordiniert.

Dafür setzen wir uns ein:

- Die Beteiligung der Schweiz an der Europapolitik und am europäischen Binnenmarkt muss gestärkt und vertieft werden. Die zunehmende Instabilität der internationalen wirtschaftlichen Ordnung macht die enge Anbindung der Schweiz an Europa überlebensnotwendig.

⁵⁵ Quelle: Bundesamt für Statistik, Migration und Integration

⁵⁶ Quelle: Bundesamt für Statistik, Aussenhandel

⁵⁷ In der »Roadmap Europa« von 2016 hat die SP ihre europapolitischen Vorstellungen präzisiert: https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/sp_roadmap-eu-definitiv_d_2.pdf.

- Ein Rahmenabkommen oder die Beteiligung an einem erstarkten europäischen Wirtschaftsraum wären denkbare Zwischenschritte für eine Verbesserung der Beziehungen zu Europa. Langfristig führt für die Schweiz kein Weg an einem EU-Beitritt vorbei.
- Um die Rechte der Arbeitenden zu stärken, müssen die flankierenden Massnahmen erhalten und weiterentwickelt werden. Sie sollen dazu dienen, die Arbeitnehmenden zu schützen und nicht die marktbeherrschenden Stellungen der Arbeitgeber_innen im Binnenmarkt. Der Brexit führt uns vor Augen, dass ein Austritt aus der EU den einheimischen Lohnabhängigen nicht mehr, sondern weniger Schutz bringt. Mittlerweile haben die flankierenden Massnahmen in Brüssel sogar Vorbildfunktion: Die darin enthaltenen Schutzmechanismen für die Lohnabhängigen wurden weitgehend in die Entsenderichtlinien für die Arbeitsmigration innerhalb der EU übernommen.

4 SCHLUSSWORT

Das vorliegende Konzept ist gegenüber seinen Vorgängern von 1994 und 2006 weniger umfangreich ausgefallen. Erklärtes Ziel der Geschäftsleitung ist es, ein in allgemeinverständlicher Sprache formuliertes Konzept vorzustellen, das die wirtschaftspolitische Analyse sowie die wichtigsten mittelfristigen Stossrichtungen und Forderungen der SP Schweiz auf den Punkt bringt. Zu vielen Themen (etwa Wirtschaftsdemokratie, Gleichstellung oder Aussenpolitik) gibt es bereits Positionspapiere der SP, die stärker ins Detail gehen und auf diese wir in diesem Papier verweisen. «Unsere Wirtschaft» wurde in einem basisdemokratischen Prozess erarbeitet, in den alle interessierten Genossinnen und Genossen ihre Positionen, ihr Wissen und ihre Erfahrungen einbringen konnten, von der erfahrenen Parlamentarierin bis hin zum Basismitglied.

Dieser demokratische Prozess soll auch sicherstellen, dass das vorliegende Wirtschaftskonzept nicht geduldiges Papier bleibt. Wir haben uns damit selbst einen Auftrag erteilt. Die Genossinnen und Genossen an der Basis, auf der Strasse, in den Sektionen, in den Gemeinden, Kantonen, Parlamenten und Exekutivbehörden: Alle sind daran beteiligt, unsere Reformideen für eine gerechtere, nachhaltigere und zukunftsbejahende Wirtschaftspolitik in die Tat umzusetzen. Sei es mit Vorstössen, Initiativen, Kampagnen oder gar international ausgerichteten Projekten. Die Horizonte für die Realisierung der einzelnen Ziele sind unterschiedlich: Manches liegt in Reichweite, anderes wird viel Zeit und Mühe in Anspruch nehmen. Wir wären aber nicht die SP, würden wir davor zurückscheuen, dicke Bretter zu bohren.

4.1 Follow-Up-Prozess

Die Steuerungsgruppe wird gestützt auf die am Parteitag in Brugg vom 1. und 2. Dezember 2018 angenommenen Anträge eine Zusammenfassung mit den wichtigsten Forderungen formulieren sowie das weitere Vorgehen beschreiben.